

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BAYERN

Antragsheft 3

für die 1. Tagung des

14. Landesparteitag

24. – 25.03.2023 in der Stadthalle Erding

Hinweise der Antragskommission

Das Antragsheft 3 beinhaltet alle Anträge, die bis zum 12.03.2023 17.11 Uhr eingereicht wurden, deren Zulässigkeit durch die Antragskommission festgestellt wurde und die noch nicht in den Antragsheften 1 oder 2 abgedruckt waren. Änderungen und Fehler sind vorbehalten.

Delegierte mit beschließender Stimme und die jeweiligen Änderungsantragsteller:innen sind berechtigt, (Teil-)Übernahmen von Änderungsanträgen durch den Landesvorstand zu widersprechen. Die betroffenen Änderungsanträge sind dann durch den Parteitag zu behandeln.

Die Antragskommission hat festgelegt, dass ein solcher Widerspruch/Rückholantrag spätestens, bis Eintritt in die Beratung der Änderungsanträge zum jeweiligen Antrag vorliegen muss. Bis Tagungsbeginn kann ein solcher Rückholantrag per E-Mail an antragsberatung@die-linke-bayern.de, ab Tagungsbeginn bei der Tagesleitung in Schriftform angegeben werden. Die jeweiligen Änderungsantragsteller:innen können nur Teilübernahmen widersprechen.

Die bereits erfolgten (Teil-)Übernahmen wurden im Antragsheft 2 bekannt gemacht, die folgenden werden voraussichtlich als Tischvorlage bekannt gegeben.

Um Platz zu sparen wurde bei der Erstellung des Antragshefts verzichtet mehr als rund drei Antragsteller:innen abzudrucken. Die weiteren Antragsteller:innen können in OpenSlides eingesehen werden.

Inhaltsverzeichnis

Anträge zu den Regularien und zur Arbeitsweise des Parteitags	3
Änderungsanträge zu L1 „Oppositionsprogramm zur Landtagswahl 2023“	6
Änderungsanträge zu L2 „Bezirkswahlprogramm 2023“	102

Antrag R2: Antragsberatungsverfahren und Redezeiten

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Anträge zu den Regularien und zur Arbeitsweise des Parteitags

Der Landesparteitag möge beschließen:

Anträge

1. Die Antragsberatungskommission legt im Rahmen der Geschäfts-, Tagesordnung und dieses Beschlusses die Reihenfolge der Anträge eigenständig fest. Eine voraussichtliche Aufrufliste soll ausgehängt werden.
2. Die Beratung eines Antrags erfolgt in dieser Reihenfolge:
 1. Einbringung des Antrags
 2. Beratung der Änderungsanträge
 3. Gegen- und Fürrede zum Antrag abwechselnd.
 4. Abstimmung des Antrags
3. Dringlichkeits- und Initiativanträge sind beim Tagungspräsidium bis zum Antragsschluss einzureichen. Für die Unterstützungsunterschriften, soll die Vorlage der ABK verwendet werden.

Änderungsanträge

1. Die Änderungsanträge werden in der Reihenfolge im zu ändernden Antrag behandelt.
2. Anträge die durch die/den Antragsteller:in (teil-)übernommen wurden oder sich durch Kompromiss erledigt haben, bedürfen keiner Beratung oder Abstimmung auf dem Parteitag. Die Antragsberatungskommission gibt im Antragsheft, durch Aushang, Tischvorlage oder mündliche Bekanntgabe bekannt, welche Änderungsanträge dies betrifft.
3. Rückholanträge, die zum Ziel haben solche Anträge auf dem Parteitag zu beraten, müssen vor Einstieg in die Beratung der Änderungsanträge zum betroffenen Antrag vorliegen. Vor Beginn der Tagung muss ein solcher Antrag zumindest per E-Mail bei der ABK eingereicht werden, ansonsten in Schriftform bei der Tagesleitung. Antragsberechtigt hierfür sind die jeweiligen Änderungsantragsteller*innen (nur

bei Teilübernahmen) und Delegierte mit beschließender Stimme des Parteitags.

4. Betreffen mehrere Änderungsanträge redaktionell unvereinbar die gleiche Stelle in einem Antrag, wird zuerst, wenn vorhanden, der Kompromissvorschlag des Landesvorstands, danach der weitestgehende Änderungsantrag, sowie die weniger weitgehenden in absteigender Reihenfolge beraten und abgestimmt. Diese Reihenfolge stellt die ABK fest. Der Kompromissvorschlag und die Anträge werden vor allen Abstimmungen eingebracht, Für- und Gegenrede erfolgt vor der jeweiligen Abstimmung. Wird ein der Kompromissvorschlag oder ein Antrag angenommen, gelten alle weiteren Anträge als abgelehnt. Die Für- und Gegenreden zu diesen Anträgen entfallen entsprechend.
5. Des Weiteren kann die ABK dem Parteitag vorschlagen inhaltlich verbundene Änderungsanträge unabhängig derer Stelle im Antrag gemeinsam zu beraten und abzustimmen. Widerspricht keine stimmberechtigte Person auf Befragen, gilt das Verfahren als angenommen. Kommt Widerspruch auf, entscheidet der Parteitag durch Beschluss. Je nach Anzahl der zusammengefassten Änderungsanträge summiert sich die Zahl der Reden entsprechend auf. Der letzte Satz gilt nicht, wenn alle verbundenen Änderungsanträge exakt die gleiche Änderung vorsehen.
6. Die ABK kann entsprechend der Geschäftsordnung Änderungsanträge, welche ausschließlich redaktionellen Charakter haben, zur Nicht-Behandlung vorschlagen. Der Vorschlag über diese Anträge wird im Block abgestimmt. Vorher ist eine Für- und Gegenrede mit je einer Minute Redezeit zuzulassen. Wird der Vorschlag abgelehnt, können die betroffenen Änderungsantragsteller erklären, ihre Anträge aus dem Block zu nehmen. Die Abstimmung kann dann mit den übrigbleibenden Anträgen wiederholt werden.
7. Des Weiteren unterbreitet die ABK einen Vorschlag, welche der Anträge die Voraussetzungen nach § 18 Abs. 6 der Landessatzung nicht erfüllen, nicht durch den Parteitag behandelt werden sollen. Das Beschlussverfahren kann gemeinsam mit dem Verfahren nach Nr. 6 erfolgen.

Redezeiten/Anzahl der Reden

Der Parteitag legt folgende Redezeiten fest, abweichendes ist durch Beschluss zu regeln:

1. Leitanträge: Einbringung 1 x 10 Minuten, Gegenreden 2 x 2 Minuten, Fürreden 2 x 2 Minuten

2. (allgemeine) Anträge und Initiativanträge: Einbringung 1 x 2 Minuten, Gegenrede 1 x 2 Minuten, Fürrede 1 x 2 Minuten
3. Änderungsanträge: Einbringung 1 x 1 Minute, Gegenrede 1 x 1 Minute, Fürrede 1 x 1 Minute

Umsetzung der quotierten Redelisten und Wortmeldungen in der Antragsberatung

1. Bei einer Gegenrede wird der/dem Antragsteller:in des zu ändernden Antrags bevorzugt das Wort erteilt. Sonst werden die Reden in Reihenfolge ihrer Meldung aufgerufen. Abweichend zum letzten Satz ist, wenn die Einbringung nicht durch eine Frau erfolgt ist, einer Frau das Wort zu erteilen, wenn sich eine meldet. Bei mehreren Für- und Gegenreden ist § 10 Abs. 2 Bundessatzung getrennt auf die Für- und Gegenreden anzuwenden.
2. Die Meldung erfolgt grundsätzlich durch Anstellen am entsprechenden Saalmikrofon. Die Antragsberatungskommission kann abweichend die Wortmeldung per Wortmeldezettel festlegen.

Antrag R3: Nicht-Behandlung von Änderungsanträgen

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Anträge zu den Regularien und zur Arbeitsweise des Parteitags

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Parteitag schließt sich der Auffassung der Antragskommission an, dass die folgenden Änderungsanträge ausschließlich redaktionellen Charakter haben und beschließt für diese die Nichtbehandlung nach Nr. 9 S. 2 der Geschäftsordnung, sowie ggf. nach § 18 Abs. 6 der Landessatzung:

L1-A-179-1

L1-A-292-1 (in Antragsheft 2)

L1-A-573-1

L1-A-583-1

L1-C-180-1

L1-C-637-1

L1-C-782-1

L1-D-12-1

L1-D-18-1

L1-D-42-1

L1-D-56-1

L1-D-62-1

L1-D-747-1

L2-129-1

L2-53-1

L2-82-1

Der Parteitag beschließt die Nichtbehandlung der folgenden Anträge nach § 18 Abs. 6
der Landessatzung:

L1-C-345-1

L1-C-347-1

Antrag L1-A-93-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Theo Glauch (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 93 - 96

~~Im reichen Bayern zeigt sich überdeutlich, dass der Reichtum nicht gerecht verteilt ist. Ein strukturschwacher Norden und Osten~~ DIE LINKE ~~steht den Zentren rund um München und für eine Welt, in der sich die Wirtschaft nicht nur an den Interessen der Aktionär:innen orientiert. Wir stellen den Menschen und die Natur in den Mittelpunkt unserer Politik! Überall, von der Oberpfalz bis Schwaben, von Nürnberg~~ gegenüber. Gleiche und gute Lebensverhältnisse für alle ~~gibt bis München braucht es nicht—das wollen wir ändern.~~ gute und sinnvolle Arbeit, eine funktionierende Daseinsvorsorge und eine Industrie, die sich an den Bedürfnissen einer klimaneutralen Zukunft orientiert. Nur so kann ein gutes Leben für alle ermöglicht werden.

Begründung

Das ist der erste Abschnitt im ersten Kapitel. Hier darf man ruhig mal etwas Wumms reinbringen und eine kleine Zukunftsvision umreiße

Antrag L1-A-98-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Theo Glauch (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 98 - 100

~~Die Verwerfungen in unserer Gesellschaft zeigen, dass man dem Markt~~ Wachsende soziale Ungerechtigkeit und ~~die~~ Geschicke von ~~Mensch und Umwelt nicht überlassen kann. Das Wirtschaften mit den Ressourcen muss auf~~ Klimakrise sind keine Naturgesetze, sondern ~~das~~ Gemeinwohl ausgelegt sein, um nachhaltig und zukunftsfähig zu sein. Resultat von verfehlter Politik. Eine andere Wirtschaft ist dringend nötig! Es braucht weniger Markt und stattdessen demokratische Mitbestimmung, gezielte staatliche Investitionen und mehr öffentliches Eigentum.

Begründung

Es hilft direkt vorweg mal konkret zu sagen, was unsere (wirtschaftspolitische) Alternative zur gescheiterten Marktgläubigkeit der anderen Parteien ist.

Antrag L1-A-122-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Theo Glauch (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 122 - 131

Für DIE LINKE sind Wirtschaft und Industrie kein Selbstzweck, sondern Mittel, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und eine klimaneutrale Zukunft zu gestalten. Das steht im Widerspruch zum kapitalistischen Wirtschaftsverständnis: Hier stehen vor allem die Profite der Aktionär:innen und das Wirtschaftswachstum im Zentrum. Als einzige Partei ist DIE LINKE bereit, sich mit den Interessen der Konzerne und Aktionär:innen anzulegen und die Interessen der **Gesellschaft in das Mehrheit in das** Zentrum der Wirtschaft zu rücken. So haben Wettbewerbsmärkte und private Investoren in der Daseinsvorsorge nichts zu suchen. Insbesondere Energie und medizinische Versorgung müssen deshalb zurück in die öffentliche Hand. Das verbessert die Versorgung und senkt die Kosten, da keine Rendite erwirtschaftet werden muss. Ähnliches gilt beim Wohnen: Auch hier muss öffentliches Eigentum ausgebaut werden, um die Auswüchse des Miet- und Bodenmarktes zu bekämpfen (siehe Kapitel „Mieten“). In den wichtigen Schlüsselindustrien braucht es zudem stärkere demokratische Mitbestimmung. DIE LINKE steht bei allen Interessenkonflikten zwischen Kapital und Arbeit uneingeschränkt auf der Seite der Beschäftigten und **der Zukunft zukünftiger Generationen.**

Begründung

Gesellschaft klingt so, als würden wir jeden mitnehmen wollen. Wir stehen für die Mehrheit der Bevölkerung ein, die keinen Zugang zu Produktionsmitteln hat.

Man kann nicht auf der Seite der Zukunft stehen, wohl aber auf der Seite zukünftiger Generationen, die sich zurecht für mehr Klimaschutz einsetzen.

Antrag L1-A-133-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Theo Glauch (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 133

Industriepolitik neu ausrichten - ~~Autoindustrie umbauen~~ Klimaschutz braucht gute

Arbeit

Begründung

Linke Industriepolitik muss Klimaschutz und Beschäftigungspolitik verbinden. Das sollte auch im Titel deutlich werden

Antrag L1-A-167-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Theo Glauch (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 167

Aktuell sind die Industrie und deren Produkte einer der größten Treiber der Klimakrise. Es ist Zeit für den Wandel hin zu einer sozial-ökologischen Zukunft. Industriezweige, die dem nicht gerecht werden, müssen gemeinsam mit den Beschäftigten, der öffentlichen Hand und den Gewerkschaften umgebaut werden. Gleichzeitig müssen vor Ort neue gute Arbeitsplätze entstehen. Dafür braucht es eine aktive Politik statt eines passiven und planlosen Staates. Öffentliche Investitionen müssen gezielt vergeben werden und immer mit Mitsprache-, Ausbildungs-, Tarif- und Standortgarantien verbunden sein (siehe auch Kapitel Arbeit & Soziales). Klimaschutz und Arbeitsplätze gehören zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Begründung

Wichtige Kernbotschaft. Sollte man klipp und klar und zitierfähig reinschreiben.

Antrag L1-A-178-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Theo Glauch (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 178

Die bayerische Industrie ist schlecht auf die Zukunft vorbereitet. Hohe Energiepreise, die Klimakrise, Automatisierung durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz und Handelskonflikte mit den USA, Russland und China. All diese Konfliktlinien verdichten sich zu einem Epochenbruch. Der Status Quo ist fatal: Allein in der Automobilindustrie sind in Bayern mehr als 300.000 Menschen beschäftigt. Trotz der Klimakrise laufen jeden Tag tausende Autos vom Band. Dabei wird vergessen: Über den ganzen Lebenszyklus sind auch E-Autos enorme Energiefresser und somit nicht klimafreundlich. Gleichzeitig wird in ganz Deutschland heute kein einziges Rotorblatt für die dringend benötigten Windräder mehr produziert. Auch die Solarindustrie liegt am Boden. 95% der Solarzellen werden aus China importiert. Das ist absurd und das Resultat eines politischen Totalversagens!

Die LINKE steht für eine Verkehrswende. Das heißt: Weniger Auto, mehr Bus und Bahn. Somit müssen insgesamt weniger Autos produziert werden. Davon abgesehen sind allein durch den Umstieg auf die Elektromobilität mehrere zehntausend Stellen bei Automobilzulieferern in Bayern bedroht. Es ist die Aufgabe der Politik, zusammen mit den Betroffenen und den Gewerkschaften gute Lösungen zu finden und mindestens gleichwertige neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Begründung

Die ursprüngliche Version nennt nicht explizit die Probleme für die Beschäftigten bei den Automobilzulieferern. Diese sind nicht unerheblich und sollten deshalb im Wahlprogramm explizit genannt werden.

Antrag L1-A-179-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Theo Glauch (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 179 - 180

DIE LINKE will ~~gemeinsam mit den Beschäftigten, Gewerkschaften und Sozial- und Umweltverbänden gegensteuern und~~ die Industrie und das Handwerk gemeinsam mit den Beschäftigten, Gewerkschaften und Sozial- und Umweltverbänden zum Rückgrat einer sozial-ökologischen Zukunft machen. Es gibt genug zu tun: Windräder, Solar-, Geothermie- und Biogasanlagen, Stromtrassen, Batterien, Wärmepumpen, Schienen, Züge und Busse müssen entwickelt, gebaut und installiert werden. Darauf muss sich die gesellschaftliche Arbeitskraft fokussieren. Diese Industriezweige müssen durch umfassende und sozial gerechte Investitionsprogramme ausgebaut werden. Das heißt: Die Hauptlast der Finanzierung wird von Vermögenden und Unternehmen getragen, die seit Jahrzehnten vom kapitalistischen Wirtschaftssystem profitiert haben.

Begründung

Die ursprüngliche Version nennt nicht explizit die Probleme für die Beschäftigten bei den Automobilzulieferern. Diese sind nicht unerheblich und sollten deshalb im Wahlprogramm explizit genannt werden.

Antrag L1-A-194-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Kreisverband Augsburg
Status:	Teilübernahme
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 394 - 400

Wir wollen zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der ~~Beschäftigten~~Arbeiter:innen und ihrer Betriebsräte bei allen wirtschaftlichen Fragen. Das gilt besonders für Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen sowie die Gestaltung der Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen besonders auch bei Fragen der Digitalisierung. ~~Das-Die~~Einführung und Nutzung von Software muss vom Betriebsrat mitentschieden werden. Das Vetorecht soll bei Leiharbeit, Werkverträgen, Befristungen, Personalabbau, bei Schließungen etc. gelten. Es braucht stärkere Werkzeuge als Interessensausgleich und Sozialplan für Betriebsräte und bessere Mitspracheentscheidungsrechte.

Antrag L1-A-546-2: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 546 - 548

~~Wir wollen, das~~Wir wollen, dass alle Menschen in Bayern gut und selbstbestimmt ~~Leben können,~~
~~darum~~leben können. Darum braucht es

endlich eine Politik, die ~~unkorruptierbar~~das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt
stellt: und sich nicht von Macht- oder Profitinteressen korrumpieren lässt.

Wir wollen das Unterstützungssystem weiter verbessern, damit Hilfen entsprechend dem Bedarf
betroffener Menschen angeboten werden können. Nur so werden wir bedarfs- und
zielgruppengerechte Angebote unterbreiten können.

Barrieren beim Zugang zu den Regelsystemen müssen abgebaut und Brücken in ein
selbstbestimmtes Leben aufgebaut werden, durch flächendeckende diverse Beratungs- und
Betreuungsangebote, niedrigschwellige Zugänge zu den Hilfesystemen und Flexibilisierung der
Leistungstypen.

Antrag L1-A-549-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 549

Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Bürgergeld als Hartz -IV 2.0

Antrag L1-A-556-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 556 - 557

tatsächlichen Lebenshaltungskosten absichert. ~~Wir wissen, dass die Hartz-IV-Drangsalierung nur auf Bundesebene abgeschafft oder verändert werden kann.~~

Antrag L1-A-559-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 559

Lebenssituation ~~der Hartz-IV-Opfer~~ im Bundesland zu tun.

Antrag L1-A-569-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 569 - 572

Die Einführung von Hartz-IV (Arbeitslosengeld II) als Sozialleistung ~~zeigt, dass in diesem Fall hatte~~ die Bezeichnung „sozial“ nicht verdient ~~ist~~. Die Regelsätze reichen für ein menschenwürdiges Leben nicht aus, Hartz-IV ~~ist war~~ Armut per Gesetz. ~~Dazu kommt, dass durch Sanktionen die kümmerlichen Leistungen noch weiter gekürzt werden können.~~

Antrag L1-A-573-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 573 - 576

Die Ampel-Koalition hat auf den beharrlichen Druck von der LINKEN, Sozialverbänden und Gewerkschaften reagiert, ~~in dem~~ indem sie einige Verbesserungen ~~geplant hat~~ versprochen hatte, die aber mit der Logik von Hartz-IV nicht brechen. CDU/CSU haben diese über den Bundesrat so lange blockiert, bis ~~auch selbst~~ davon kaum etwas ~~übrig blieb~~ übriggeblieben ist. Das neue „Bürgergeld“ ist das alte Hartz-IV mit neuem Namen.

Antrag L1-A-583-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 583 - 589

~~Die Mietkosten werden zwar inklusive Nebenkosten vom Amt übernommen, allerdings nur bis zu einer gewissen Höhe.~~ Auf eine Sozialwohnung warten ~~Bedürftige~~ Anspruchsberechtigte oft Jahre. Die wenigen ~~Wohnungen, die sonst in das Budget passen, sind kaum zu bekommen. Einige entscheiden sich deshalb für eine teurere Unterkunft~~ sie bezahlbaren Wohnungen sind kaum zu bekommen. Einige müssen deshalb in teure Unterkünfte ziehen, die sie sich nicht leisten können. Auch, um ihre Chancen ~~zu erhöhen oder~~ bleiben entmutigt in ihrer zu teuren Wohnung. Die realen Wohnkosten inklusive

~~Nebenkosten müssen endlich übernommen werden. Der Freistaat Bayern kann die Hartz-IV-Betroffenen unterstützen, in~~ auf dem es hart umkämpften Wohnungsmarkt zu erhöhen. Die realen Wohnkosten inklusive Nebenkosten müssen endlich übernommen werden. Der Freistaat Bayern kann diese Menschen unterstützen, indem er endlich ausreichend Sozialwohnungen bereitstellt.

Hier hat Bayern mit Bayernheim bisher auf ganzer Linie versagt, denn von den im Jahr 2018 angekündigten 10.000 Wohnungen war Anfang 2023 keine einzige Wohnung bezogen und nur etwa 800 in Bau.

Antrag L1-A-597-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 597 - 602

In Bayern, einem der reichsten Bundesländer Deutschlands, gibt es in allen Lebenslagen Menschen ~~in Armut~~, die in Armut leben. Ob Kinder, Jugendliche, Erwerbslose, Menschen mit Behinderung oder alte Menschen: Landes- und Bundesregierung schaffen es nicht, die Menschen vor Armut zu schützen. Wir wollen Armut in allen Lebenslagen abschaffen. Armut ist kein Ergebnis von individuellem Versagen, sondern von gesellschaftlichen und politischen Fehlentscheidungen. Wir suchen nicht die Schuld beim Einzelnen, sondern wollen durch gute Sozialpolitik Armut bekämpfen und durch gesellschaftliche Veränderungen Armut abschaffen.

Antrag L1-A-603-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 604

regulären Arbeit nachgehen können.

- Wir fordern, dass erfolgreiche Projekte aus dem Europäischen Sozialfonds Plus in Bayern (ESF+) in eine Regelförderung übergehen.
- Wir wollen einen Masterplan zur Bekämpfung von Armut in Bayern.
- Wir fordern flächendeckenden Ausbau von Schuldner:innenberatungen in ganz Bayern.

Antrag L1-B-66-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Katinka Burz (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 66

Ort - wohnnah, inklusiv, barriere- und ~~kostenfrei~~beitragsfrei.

Antrag L1-B-246-2: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Katinka Burz (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 246

Die Lehrkraft macht den Unterschied. ~~Das hat nicht zuletzt die Hattie-Studie gezeigt.~~

Wir müssen daher alles dafür tun, um für genügend und gut ausgebildetes Lehrpersonal an den Schulen zu sorgen.

Antrag L1-B-491-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen

Sachgebiet:

L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 491 - 492

Zuletzt müssen auch die Studierenden direkt besser unterstützt werden. Solange das BAföG nicht ausreichend hoch, für Alle, die studieren wollen, in vollem Umfang zugänglich und unabhängig von der Studiendauer ist, braucht es eine bayerische Grundsicherung für Student:innen in Bayern.

Verpflichtende Praktika im Studium sind wenigstens mit Mindestlohn zu bezahlen. Unbezahlte Praktika lehnen wir ab.

Demokratie an den Hochschulen

Begründung

Vielen Studierenden bereiten Pflicht-Praktika, die nicht bezahlt werden finanzielle Probleme. Teilweise werden auch Stellen über Praktikant*innen abgedeckt, die eigentlich von Fachpersonal besetzt werden sollten, um so Kosten zu sparen. Das ist eine katastrophale Praxis und muss beendet werden.

Antrag L1-B-624-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 624

Dabei ist völlig klar, die Klimakrise schreitet immer schneller voran und es ist keine Frage des ob, sondern nur des wie, wir damit umgehen. Jeder weiß: Wir müssen unseren den gesamtgesellschaftlichen CO2 Ausstoß senken. Das bedeutet insbesondere den Ausbau von erneuerbaren

Energien, die Reduktion des Energieverbrauchs und den Schutz unserer natürlichen Ökosysteme. Eine LINKE Antwort auf die Klimakrise rückt dabei zwingend die soziale Gerechtigkeit in den Fokus und baut auf gesellschaftliche statt individuelle Ansätze.

Begründung

Auch wenn das vermutlich nicht angemacht war: Die ursprüngliche Formulierung klingt sehr nach Privatkonsumkritik, das sollten wir umformulieren.

Antrag L1-B-714-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 714

- **Die Energieversorgung muss wieder zurück in öffentliche oder genossenschaftliche Hand**
- **DIE LINKE fordert eine progressive Gestaltung der Energiepreise,**

Begründung

Im Abschnitt fehlt aktuell das aktuell, obwohl die Verstaatlichung/Vergesellschaftung des Energiesektors die Grundlage für eine erfolgreiche Energiewende ist. Deshalb möchten wir das ergänzen.

Antrag L1-B-730-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 730

- **DIE LINKE fordert ein Verbot von Strom- und Gassperren.**
- Wir fordern ein bayerisches Förderprogramm für
- die ersten 5 kWh von Stromspeichern pro Haushalt,
- Balkonsolarkraftwerke,
- die Ersatzbeschaffung von Elektrogeräten im Haushalt,
- die Wärmedämmung, die energetische Sanierungen sozial absichert. Die Kostenersparnis durch die Sanierungsmaßnahmen muss an die Mieter:innen im vollen Umfang weitergegeben werden.
- Wärmepumpen.
- Wir fordern eine progressive Gestaltung der Energiepreise, Grundkontingente müssen günstig sein, deutlich überdurchschnittlicher Verbrauch dagegen besonders teuer.
- Wir fordern ein Verbot von Strom- und Gassperren!

2025 werden flexible Strompreise deutschlandweit zum Verbraucher:innenrecht. Um den günstigen Sonnenstrom auch als Bürger:innen und vor allem Mieter:innen nutzen zu können, müssen Stromspeicher von bis zu 5 kWh direkt bei den Verbraucher:innen gefördert werden. Das schont Netze und senkt Kosten.

Balkonsolarkraftwerke geben auch Mieter:innen eine Möglichkeit, Ihren Anteil zur Energiewende beitragen zu können und Ihren Strombedarf aus dem Netz zu reduzieren.

Mit der Ersatzbeschaffung von Elektrogeräten kann der Stromverbrauch massiv reduziert werden. Alte Kühl- und Gefrierschränke, Geschirrspüler und Waschmaschinen brauchen ein vielfaches von modernen neuen Geräten. Neugeräte sparen hier schon mittelfristig Kosten, weswegen wir die Anschubfinanzierung fördern müssen.

Offene Löcher, schlecht abgedichtete Fenster und Türrahmen lassen viel Wärme aus der Wohnung abfließen und erhöhen den Heizbedarf. Die Wärmedämmung ist daher notwendig, darf aber nicht zu Lasten von Mieter:innen gehen, die sich anschließend die Miete nicht mehr leisten können. Sie darf daher nicht auf die Kaltmiete umgelegt werden.

Wärmepumpen sind die klimafreundliche und energieeffiziente Möglichkeit, Räume warm zu halten. Der Einbau von Wärmepumpen muss sich vervielfachen und genau deswegen müssen wir ihn fördern.

Es kann nicht sein, dass Großunternehmen günstige Preise direkt von den Strombörsen erhandeln können und einfache Mieter:innen kein Geld für das Heizen, den Herd oder den Kühlschrank haben.

Wir müssen ein kulturfähiges Grundkontingent an Energiebedarf schützen und günstig anbieten.

Wir fordern eine progressive Gestaltung der Energiepreise, Grundkontingente müssen günstig sein,

deutlich überdurchschnittlicher Verbrauch dagegen besonders teuer. Menschen dürfen nicht in kalten Wohnungen sitzen bleiben oder keinen Strom zum Kochen haben. Deswegen fordern wir ein Verbot von Strom- und Gassperren.

Energieverschwendung beenden

- Wir fordern ein Bayerisches Energie-Effizienz-Gesetz, mit weitreichenderen Zielen als im Bund
- Wir fordern eine konsequente Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung auf allen

Ebenen

- Wir fordern eine Aufklärungskampagne, die Unternehmen und Bürger:innen über Energieverschwendung und deren Beseitigung informiert

- Wir fordern konkrete Verbrauchsgrenzen für Luxus-Güter mit zu hohem Energieverbrauch

Energiesparen ist unsere sinnvollste Energiequelle. Mit einem eigenen Energie-Effizienz-Gesetz kann Bayern die Weichen für die Zukunft stellen: 45 % Energieeinsparung bis 2030, ein umfassendes Monitoring, festgelegte Sektorziele und deren verpflichtende Umsetzung sind notwendig, um die Pariser Klimaziele nicht vollständig zu verfehlen.

Es braucht ein umfassendes Förderungsprogramm, das die Anschaffung energiesparender Technologien ermöglicht, das Anreize zur Wärmedämmung schafft von der Mieter:innen und Vermieter:innen profitieren, das kostenfreie Kleinstkredite anbietet für die Anschaffung energiesparender Alltagsgeräte und das von der Verwaltung zeitnah umgesetzt werden kann.

Mit einem proaktiven Aufklärungsprogramm müssen Bürger:innen und Unternehmen angesprochen und auf Energieverschwendung im Alltag und deren Beseitigung aufmerksam gemacht werden. Hierfür braucht es persönliche Ansprechpartner:innen in den Energieagenturen der Landkreise, die mit Angeboten auf die Unternehmen, Kommunen und Bürger:innen zugehen. Wir stehen für eine ehrliche Anti-Verschwendungspolitik, die nicht Bürger:innen belehrt, wie man Waschlappen nutzt.

Überdimensionierter Luxus-Konsum der Reichsten verbraucht enorme Mengen Energie. Diese Verschwendung muss schnellstens beendet werden. Insbesondere im Bereich Verkehr mit Privatjets und Mega-Yachten, aber auch völlig überdimensionierten PKWs braucht es klare Begrenzungen, die die Energieverschwendung eindämmen. Riesige Wohnungen mit Außenpools, die im Winter geheizt und im Sommer womöglich noch gekühlt werden, stellen auf vielen Ebenen ein massives Problem dar, wenn sie nur von einer oder wenigen Personen bewohnt werden. Entsprechend müssen wir die Frage aufwerfen, welche Wohnflächen wir uns als Gesellschaft leisten können. Unsere Antwort ist klar: Wir fordern konkrete Verbrauchsgrenzen, die den Wohlstand der breiten Mehrheit erhalten, aber die Verschwendung der Reichsten beenden.

Antrag L1-B-778-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Maximilian Arnold (KV Augsburg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 778 - 782

~~Um die klimaintensive Industrie zu motivieren ihre Emissionen zu reduzieren, braucht es zum einen eine Förderung der Forschung. Zum zweiten wäre eine Möglichkeit hier Anreize zum Umbau zu setzen, die Auszahlung von Energiesparprämien an alle Mitarbeiter:innen für erfolgte Einsparungen. Damit wäre gewährleistet, dass auch die Belegschaft die Umsetzung mitvorantreibt und im Erfolgsfall dafür belohnt wird.~~

Unternehmen zur Energiewende zwingen!

Wir fordern, dass energieintensive Unternehmen (mehr als 20 kW Peakleistung) in Bayern bis 2030 mindestens 50 Prozent ihres jährlichen Energiebedarfs selbst aus erneuerbaren Energien produzieren müssen.

- Wir fordern, dass alle Unternehmen in Bayern bis 2030 mindestens ein Prozent ihres jährlichen Energiebedarfs in erneuerbaren Energiespeichern puffern können und diesen Anteil bis 2040 auf fünf Prozent ausbauen.
- Wir fordern Kontroll- und Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte bei der Transformation hin zu erneuerbaren Energien.
- Wir fordern, dass der Anteil an Eigenproduktion erneuerbarer Energien Teil der Vergabekriterien für öffentliche Aufträge wird. Höhere Anteile müssen sich in der Vergabe von Land und Kommunen lohnen!

Bayern hat viele energieintensive Betriebe. Darunter auch Stahl-, Eisen- und chemische Industrie. Die Unternehmen haben es in den letzten zwei Jahrzehnten verpasst, sich selbst um ihre Energieversorgung zu kümmern. Wir fordern daher die erneuerbare Eigenproduktion von mindestens der Hälfte des jährlichen Energiebedarfs von Unternehmen, die mindestens 20 kW Peakleistung aus dem Netz abrufen. Unternehmen müssen sich ihre Energieversorgung selbst sichern und Betriebsräte bei dieser Transformation mit Kontroll- und Mitbestimmungsrechten einbinden. Alleine stellen sich die Unternehmen nicht um, wir müssen sie zwingen.

Große Speicher belasten die Netze ebenso, wie es große Verbräuche oder Erzeuger in der Gegenwart bereits tun. Wir müssen daher dezentrale Speicher schaffen und Unternehmen in die Pflicht nehmen. Mit fünf Prozent des Jahresgesamtenergiebedarfs in erneuerbaren Energiespeichern können sich Unternehmen 18 Tage lang ohne Sonne und Wind versorgen und stabilisieren gleichzeitig die Netze. Wenn Unternehmen sich für den Winter selbst vorbereiten, können Kommunen sich vollständig auf ihre Bürger:innen konzentrieren. Es kann nicht sein, dass die Versäumnisse der Unternehmen zu Stromausfällen bei Mieter:innen führen.

Um den Unternehmen einen wirtschaftlichen Anreiz zu geben, muss die Eigenproduktion Erneuerbarer Energien Teil der Vergabekriterien öffentlicher Aufträge werden. Mit Druck der Arbeiter:innen in den Betriebsräten und Druck beim Zuschlag von Aufträgen zwingen wir Unternehmen in die Energiewende.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L1-C-64-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 64 - 65

Demand-Verkehre ohne lange Wartezeiten entwickelt und integriert werden in den Regional- und Fernverkehr. Kleinere Städte und Gemeinden müssen direkt untereinander vernetzt werden, statt nur über Umwege durch Ballungszentren erreichbar zu sein.

Begründung

Gerade aus kleineren Städten und Ortschaften verläuft der ÖPNV meist nur in die Ballungszentren. Wichtig ist aber die Anbindung zwischen kleineren Städten, um Fahrzeiten zu verringern und die Attraktivität zu steigern.

Antrag L1-C-66-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 66 - 67

- **Photovoltaik auf dem Land fördern wir zur Gewinnung günstigen Stroms nicht nur für Mobilität.**

Begründung

Wir würden diese Forderung gerne in den Energie-Teil verschieben, da wir sie dort für passender halten.

Antrag L1-C-133-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 133

zur Finanzierung.

- **Wir fordern einen sofortigen Genehmigungsstopp für Autobahnneubau und Ausbau in Bayern, damit werden zusätzliche Mittel frei.**

Antrag L1-C-140-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 140

Ein Verkehrssystem, das auf massenhaften motorisierten Individualverkehr setzt, ist ökologisch, ökonomisch und gesellschaftlich ineffizient und kann darum keine Zukunft haben. Entsprechend müssen die Gelder umgewidmet werden. Für die Menschen, die noch auf das Auto als Verkehrsmittel angewiesen sind, setzen wir auf Carsharing und E-Mobilität.

Antrag L1-C-147-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 147

Als Basis für die Ermöglichung der Verkehrswende muss mit Steuermitteln die Modernisierung und eine gute personelle Ausstattung des ÖPNV angegangen werden. Diese Mittel kommen aus einer Umwidmung der Mittel für den Straßenneubau, höhere Parkgebühren, eine Citymaut in den großen Städten und Steuern auf Kerosin für Flugzeuge. Damit entwickeln wir die schienengebundene Infrastruktur und können mehr Personal einstellen, das gegenwärtig überall fehlt: Daher wollen wir die

Arbeitsplätze attraktiver machen, z.B. durch kürzere Wochenarbeitszeiten und einen Ausbau der Pausenmöglichkeiten. Eine Förderung der Ausbildung zu den Berufsbildern

in und um den Nah- und Güterverkehr durch das Land und die Arbeitsagentur gehört dazu, denn die einzelnen Unternehmen sind mit der Ausbildung finanziell überfordert. Deshalb ist es eine gesellschaftliche Aufgabe, Menschen die Ausbildung zu finanzieren. Das kann auch eine Chance für benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt sein.

Antrag L1-C-179-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
--------------------------	----------------------------------

Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 179 - 182

Nicht erst seit der Pandemie ist klar, unser ~~Gesundheitssystem~~ Gesundheits- und Pflegesystem ist am Limit ~~--~~ an

Qualität und Personal wird gespart, zugunsten von Rentabilität und Gewinnmaximierung und auf Kosten von Patienten und Personal, das dem Druck kaum noch Stand hält. Doch Gesundheit ist keine Ware ~~--~~ dass der Mensch wieder im Mittelpunkt steht und die Beschäftigten endlich wieder ihre Arbeit tun können, ohne unter der Belastung zu zerbrechen, dafür setzen wir uns ein.

Begründung

Nicht nur im Setting der Akutpflege besteht ein gravierender Personal- und Versorgungsmangel, dieser Mangel betrifft alle Settings.

Antrag L1-C-180-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 179 - 182

Nicht erst seit der Pandemie ist klar, unser Gesundheitssystem ist am Limit ~~--~~ an Qualität und Personal wird d gespart, zugunsten von Rentabilität und Gewinnmaximierung und auf Kosten von Patienten und Personal, das dem Druck kaum noch Stand hält. Doch Gesundheit ist keine Ware ~~--~~ dass der Mensch wieder im Mittelpunkt steht und die Beschäftigten endlich wieder ihre Arbeit tun können, ohne unter der Belastung zu zerbrechen, dafür setzen wir uns ein.

Antrag L1-C-182-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 179 - 182

Nicht erst seit der Pandemie ist klar, unser Gesundheitssystem ist am Limit — an Qualität und Personal wir gespart, zugunsten von Rentabilität und Gewinnmaximierung und auf Kosten von Patienten und Personal, das dem Druck kaum noch Stand hält. Doch Gesundheit und Pflege ist keine Ware — dass der Mensch wieder im Mittelpunkt steht und die Beschäftigten endlich wieder ihre Arbeit tun können, ohne unter der Belastung zu zerbrechen, dafür setzen wir uns ein.

Begründung

Nicht nur im Setting der Akutpflege besteht ein gravierender Personal- und Versorgungsmangel, dieser Mangel betrifft alle Settings.

Antrag L1-C-184-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 179 - 184

Nicht erst seit der Pandemie ist klar, unser Gesundheitssystem ist am Limit — an Qualität und Personal wir gespart, zugunsten von Rentabilität und Gewinnmaximierung und auf Kosten von Patienten und Personal, das dem Druck kaum noch Stand hält. Doch Gesundheit ist keine Ware — dass der Mensch wieder im Mittelpunkt steht und die Beschäftigten endlich wieder ihre Arbeit tun können, ohne unter der Belastung zu zerbrechen, dafür setzen wir uns ein. In den Heilberufen des Gesundheits- und Pflegewesens

besteht zudem ein langanhaltender Innovationsstau. Die Zentrierung auf die Medizin muss überwunden und die Kompetenzen der anderen Heilberufe muss zugelassen und weiterentwickelt werden. Dies beinhaltet einen weiteren Ausbau der Teil- und Vollakademisierungen dieser weiteren Heilberufe.

Begründung

Das Gesundheits- und Pflegewesen in Deutschland ist international nicht konkurrenzfähig und verschwendet durch konservativen strukturellen und rechtlichen Machterhalt der Mediziner*innen Kompetenzressourcen der anderen Heilberufe. Um die Krise zu überwinden, muss eine Neustrukturierung der Verantwortungen und Aufgaben aller Gesundheitsberufe stattfinden.

Antrag L1-C-186-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 186 - 187

Die gesundheitliche Versorgung zwischen Krankenhäusern, Arztpraxen und diesen kommunale Versorgungszentren muss für alle gut erreichbar sein. Ob ambulant oder stationär, ob in der Stadt oder auf dem Land: Alle müssen gut versorgt sein -- unabhängig vom Geldbeutel.

Begründung

Stärkung der Forderung ab Zeile 189

Antrag L1-C-191-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 189 - 191

- ~~Wir wollen kommunale Versorgungszentren bzw. Polikliniken einrichten. Mobile Arztpraxen und vernetzte Filialpraxen müssen eingeführt werden, um auch in ländlichen Regionen die Versorgung sicherzustellen.~~
- Wir wollen kommunale Versorgungszentren bzw. Polikliniken einrichten. Mobile Arztpraxen und vernetzte Filialpraxen müssen eingeführt werden, um auch in ländlichen Regionen die Versorgung sicherzustellen.
- Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern hat die Aufgabe, eine flächendeckende und wohnortnahe ärztliche Versorgung sicherzustellen. In vielen Bereichen sind lange Wartezeiten auf einen Arzttermin immer noch Realität – trotz guter Versorgungszahlen auf dem Papier. Im Rahmen einer gesamtbayerischen Gesundheitsplanung, die neben dem stationären auch den ambulanten und pflegerischen Bereich sowie den öffentlichen Gesundheitsdienst mit einbezieht, müssen zusätzliche Steuerungsinstrumente entwickelt werden, mit denen eine am Bedarf ausgerichtete Verteilung von Praxen und Versorgungszentren erreicht wird. Gemeinden und Städte und Patient*inneninitiativen müssen darüber hinaus bei der ambulanten Bedarfsplanung ein Mitspracherecht erhalten. Wir wollen eine kleinräumigere Bedarfsplanung.

Begründung

Die KVB ist wesentlich für die Verteilung der Ärzt*innen durch die Zulassung verantwortlich. Diese sollte im Wahlprogramm Erwähnung finden.

Antrag L1-C-199-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 199 - 201

- Zur langfristigen Arztversorgung ~~sorgen wir für ein ausreichendes Angebot an Medizinstudienplätzen~~ stärken den Einsatz und ~~sorgen für eine Ausbildung speziell geschulter die Studiengänge spezieller~~ Fachkräfte („Gemeindeschwestern“), („Community Health

Begründung

der Passus im Leitantrag ist fachlich falsch: CHN sind Pflegekräfte mit Master-Abschluss und nicht einer (dualen) Ausbildung; der Passus „Gemeindeschwester“ ist fachlich falsch: Pflegekräfte sind seit mehr als 100 Jahren nicht mehr originär kirchlich gebunden, zudem ist der Passus eine Herabsetzung der beruflichen Pflege.

Antrag L1-C-208-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 208 - 219

~~Gesundheitsversorgung~~ Gesundheits- und Pflegeversorgung ist unsere gesellschaftliche Daseinsvorsorge. Wir fordern einen klugen und innovativen Einsatz der Gelder in unserem Gesundheitswesen für den Umbau hin zu einer zukunftsfähigen, bedarfsgerechten und interdisziplinären Gesundheitsversorgung. Denn bereits seit längerem erleben vor allem diejenigen, die auf dem Land oder in benachteiligten Stadtteilen leben, die Unterversorgung jeden Tag: Es gibt immer weniger Arztpraxen und Apotheken. Eine medizinische Grundversorgung nah am Wohnort ist vielerorts nicht mehr vorhanden. Das wollen wir ändern. Wir wollen kommunale Versorgungszentren oder Polikliniken ermöglichen. Ergänzt werden diese durch kreative Lösungen, beispielsweise durch das Doc-Mobil, bei dem das medizinische Personal in Kleinbussen unterwegs ist, oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte (~~„Gemeindeschwestern“~~) („Community Health Nurses“), die Hausbesuche machen und durch ~~die-~~ Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Arztpraxen entlasten ihren Einsatz ihrer Kompetenzen die kommunalen Versorgungszentren und Arztpraxen ergänzen. Auch Apotheken können niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsberatung und Prävention übernehmen.

Begründung

Nicht nur im Setting der Akutpflege besteht ein gravierender Personal- und Versorgungsmangel, dieser Mangel betrifft alle Settings.

der Passus im Leitantrag ist fachlich falsch: CHN sind Pflegekräfte mit Master-Abschluss und nicht einer (dualen) Ausbildung; der Passus „Gemeindeschwester“ ist fachlich falsch: Pflegekräfte sind seit mehr als 100 Jahren nicht mehr originär kirchlich gebunden, zudem ist der Passus eine Herabsetzung der beruflichen Pflege

fachlicher Fehler, innerhalb des Konzeptes der „Community Health Nurses“ ist durchaus eine Übernahme heilberuflicher Kompetenzen beinhaltet.

Antrag L1-C-222-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 222 - 224

Der Freistaat ist hier in der Verantwortung, die Kommunen so auszustatten, dass sie

ihrem Auftrag überall nachkommen können und eine geeignete

~~Gesundheitsversorgung~~ Gesundheits- und Pflegeversorgung gut

erreichbar für alle Bürger*innen bereitzustellen. Dazu gehört auch, dass ausreichend

~~Mediziner*innen~~ Mediziner*innen und (auch akademisierte) Fachkräfte in den weiteren Heilberufen

ausgebildet werden können. Das Land muss die Kapazitäten im

Medizinstudium deutlich erhöhen und bei diesem Ausbau auch dafür sorgen, dass die

Aus- und Weiterbildung junger Mediziner*innen familienfreundlich geschehen kann.

Begründung

Nicht nur im Setting der Akutpflege besteht ein gravierender Personal- und Versorgungsmangel, dieser Mangel betrifft alle Settings.

die Überwindung der Pflege- und Gesundheitskrise kann nur durch eine Kompetenzneuverteilung innerhalb der Gesundheitsberufe gelingen; die weiteren Gesundheitsberufe benötigen in diesem Rahmen eine Weiterentwicklung der (Teil-) Akademisierungen

Antrag L1-C-275-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 275

Inflation und Energiepreisexplosion haben diese Situation massiv verschärft, viele Kliniken in Bayern sind aktuell von Insolvenz bedroht. Die Fallpauschalen müssen durch ein neues System der kostendeckenden Finanzierung abgelöst werden. DIE LINKE fordert eine gesetzliche, bedarfsgerechte und voll finanzierte Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus sowie einen wissenschaftlich abgesicherten Qualifikationsmix für alle Qualifikationsstufen die Pflege betreffend.

Begründung

sowohl der Einsatz von ausgebildeten Pflegefachhelfer*innen, Pflegefachfrauen*männern und akademisierten Pflegenden sowohl in Bachelor, als auch Master-Grad sind in gesichertem Maße aufzubauen und einzubringen.

Antrag L1-C-300-2: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 299

Um kommunale und freigemeinnützige Krankenhäuser vor Privatisierung oder Schließung zu schützen, wollen wir einen Schutzschirm des Freistaats aufspannen: Ein öffentlicher bayerischer Klinikverbund soll die Möglichkeit schaffen, dass der Freistaat sich an Krankenhäusern, deren wirtschaftliche Existenz bedroht ist,

beteiligen kann oder ganz zum Träger wird. Mithilfe des Verbunds können auch privatisierte Krankenhäuser in öffentliches Eigentum zurückgeholt werden. Für den Anfang soll ein landeseigener Strukturfonds die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Verbunds gewährleisten.

Die Unikliniken stärken und die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen verbessern
Wir wollen, dass die Uniklinken ein Ort guter gesundheitlicher Versorgung und guter Arbeitsbedingungen sind. Dafür brauchen wir eine bedarfsgerechte Personalausstattung. Aus diesem Grund unterstützen wir Initiativen der Beschäftigten und Tarifbewegungen für mehr Personal im Krankenhaus. Dadurch werden der gesellschaftliche Versorgungsbedarf, die Versorgungsqualität und deren Nachhaltigkeit gedeckt bzw. sichergestellt.

Wir wollen erreichen, dass die Unikliniken Leuchttürme für die gesundheitliche und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung sind. Dazu gehört, dass es einen Ausbau der Notaufnahmen gibt.

Wir unterstützen eine stärkere Zusammenarbeit von kommunalen Kliniken und Uniklinken für eine bessere Gesundheitsversorgung sowie bessere Forschung und Ausbildung. Wir wollen die Ausbildungskapazitäten für Pflege- und Therapieberufe erhöhen. Die Medizinstudierenden im Praktischen Jahr nehmen in der Patient*innenversorgung sowohl im stationären als auch im hausärztlichen Bereich eine wichtige Rolle ein. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass alle Medizinstudierenden im Praktischen Jahr eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des BAföG-Höchstsatzes erhalten.

Wir wollen Beschäftigte von Tochterfirmen und ausgegliederte Bereiche der Uniklinken in diese zurückführen (Insourcing). Unser Ziel ist es, dass alle Beschäftigten der Uniklinken gleiches Geld für gleiche Arbeit auf dem Niveau des Tarifvertrages der Länder verdienen. Wir werden die Unikliniken bei der Gegenfinanzierung dieser Mehrkosten nicht alleinlassen.

Wir wollen darauf hinwirken, dass Psychotherapeut*innen in Ausbildung in allen Unikliniken tariflich nach ihrem Grundberuf bezahlt werden. Die Krankenhäuser im Eigentum des Landes müssen hier mit gutem Beispiel voran gehen.

Begründung

Die landeseigenen Uniklinken sollten im Wahlprogramm Erwähnung finden.

Antrag L1-C-304-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:

Christian Wiedemann (KV München)

Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 304

Personalschlüssel in der Pflege sowie einen wissenschaftlich abgesicherten Qualifikationsmix für alle Qualifikationsstufen die Pflege betreffend.

Begründung

sowohl der Einsatz von ausgebildeten Pflegefachhelfer*innen, Pflegefachfrauen*männern und akademisierten Pflegenden sowohl in Bachelor, als auch Master-Grad sind in gesichertem Maße aufzubauen und einzubringen.

Antrag L1-C-345-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 345

der ambulanten Pflege.

- **Für eine solche Aufwertung benötigt der Pflegeberufe eine rasche Weiterentwicklung der hochschulischen Ausbildung, den Ausbau von pflegewissenschaftlichen Lehrstühlen und von kompetenzorientierten Tätigkeitsfeldern in der direkten Versorgung der Bevölkerung**

Begründung

seit Jahrzehnten akademisiert sich der Pflegeberuf; das Potential für die Gesundheits- und Pflegeversorgung wird derzeit verschenkt

Antrag L1-C-347-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Christian Wiedemann (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 347

therapeutischen Berufe, die bislang nur auf Überweisung tätig werden können.

- **Wir streiten für eine Weiterentwicklung der Selbstverwaltung des Pflegeberufs in Bayern**

Begründung

mit der „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ wurde eine erste Entwicklung eingeleitet; zur dauerhaften und starken politischen Verankerung des Berufs benötigt es aber eine Weiterentwicklung dieser Selbstverwaltung

Antrag L1-C-369-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 356 - 368

Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in den Krankenhäusern: mehr Personal und eine gesetzliche Personalbemessung, die eine gute Versorgung sicherstellt. Das Gesundheitswesen muss am Gemeinwohl orientiert sein - ohne Profite! Gerade im Gesundheitswesen bestehen für Pflegekräfte bereits seit Jahren schlechte Arbeitsbedingungen: Viele Überstunden, Wochen- und Nachtschichten, ständige Bereitschaft zum Einspringen und eine geringe Bezahlung - ein Beruf, der selbst die überzeugtesten Pflegekräfte irgendwann auslaugt. Der Ursprung des Pflegenotstands liegt in der Privatisierung des Gesundheits- und Pflegesektors. Die Privatisierung stellt Profite vor die Gesundheit der Menschen. Profite, die auf der Arbeit der Beschäftigten in Gesundheit und Pflege beruhen. Ausgeschüttet werden diese Profite an

Eigentümer:innen, Aktionär:innen und Manager:innen von Konzernen. Privatisierung führt also nicht nur zu steigenden Kosten, sinkender Pflegequalität, sich verschlechternden Arbeitsbedingungen und damit verbundener Flucht der Pflegekräfte aus ihrem Beruf, sondern zusätzlich zu einer Umverteilung von unten nach oben. Dieser Spirale muss der Freistaat Einhalt gebieten.

Für einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst

In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierender Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) für die Gesellschaft ist. Den ÖGD wollen wir erheblich ausbauen und den Personalbestand erhöhen. Ein Ausbau ist erforderlich, um bisherige und zukünftige Aufgaben angemessen erfüllen zu können.

Mit dem Pakt für den ÖGD hat der Bund umfangreiche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um diesen zu reformieren. Wir wollen diese nutzen und diese mit einem Landesprogramm ergänzen, um einen modernen, nachhaltigen und bevölkerungsnahen ÖGD in den Kommunen aufzubauen.

Zukünftig soll ein Schwerpunkt des ÖGD auf den Themen der Gesundheitsförderung und Prävention liegen, aber auch Themen, die bislang nicht im ÖGD verankert sind wie z. B.

„Klima und Gesundheit“, müssen stärker in den Fokus genommen werden. Hierfür werden unterschiedliche Qualifikationen benötigt, neben Ärzt*innen brauchen wir auch Sozialarbeiter*innen und Gesundheitswissenschaftler*innen.

Einen besonderen Fokus wollen wir auch auf den Ausbau von Stellen für Präventions- bzw. Pflegefachkräfte legen. Einer Präventions- bzw. Pflegekraft soll eine bestimmte Anzahl an Bürger*innen zugeteilt werden, für die sie feste Ansprechperson und Begleitperson bei gesundheitlichen Fragestellungen und -problemen ist. Um das notwendige Personal zu gewinnen, setzen wir uns für attraktive Arbeitsbedingungen im ÖGD ein (bspw. Tarifbindung, unbefristete Verträge, Weiterbildungsmöglichkeiten).

Begründung

Die Landesregierung ist Aufsichtsbehörde des ÖGDs und muss hier stärker in die Verantwortung genommen werden, auch bei der Weiterentwicklung.

Antrag L1-C-391-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 392

Versicherten.

- **Ein Grundstock an Verhütungsmitteln muss allen kostenfrei zur Verfügung stehen. Keinen Kinderwunsch zu haben, ist lebenslang legitim.**

Begründung

Verhütung ist leider zu oft eine Frage des Geldes. Das kann gerade Frauen, aber auch Männer in gesundheitlich schwierigen Lagen bringen, nicht nur durch eine eventuell folgende Schwangerschaft, sondern auch durch Geschlechtskrankheiten. Deshalb muss wenigstens ein Grundstock an Verhütung kostenlos zur Verfügung stehen und das in jedem Alter.

Antrag L1-C-394-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 393 - 394

- ~~**DIE LINKE setzt sich für einen Anti-Korruptionsbeauftragten im Gesundheitswesen ein.**~~
- **DIE LINKE setzt sich für einen Anti-Korruptionsbeauftragten im Gesundheitswesen ein.**
- **Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für Menschen ohne Versicherungsschutz muss sichergestellt sein. Der anonyme Krankenschein ist hier ein wichtiger Schritt und muss weitergeführt und ausgebaut werden. Wir wollen auch mehrsprachige Beratung und Informationen für Menschen ohne Versicherungsschutz verbessern und sicherstellen.**

Begründung

Wir wollen einen diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen gewährleisten und Hürden bei der Inanspruchnahme abbauen. Deshalb sollte die Forderung nicht fehlen.

Antrag L1-C-448-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 447

Damit all dies realisierbar ist, bedarf es eines Systemwechsels in der Finanzierung von Gesundheit und Pflege. Der Freistaat muss sich dafür einsetzen, dass sich endlich alle Menschen angemessen und solidarisch an der Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen. Mit der Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung entrichten alle den gleichen Prozentsatz ihres gesamten Einkommens für die Gesundheits- und Pflegeversorgung. Damit ist das unnötige Nebeneinander der Versicherungssysteme abgeschafft, die systemimmanente Unterfinanzierung der Pflegeversicherung beendet und die weitere methodische Schonung Vermögender und Superreicher ausgeschlossen. Mit dieser Finanzierungsreform und einem Gesundheitssystem ohne Wettbewerb und Profitlogik ermöglichen wir allen Menschen einen Zugang zu guter medizinischer Versorgung auf dem neusten Stand. Das bedeutet bessere Vorsorge sowie bestmögliche Versorgung im Krankheits- oder Pflegefall.

HIV effektiv bekämpfen

Wir wollen, dass Bayern seinen Beitrag dazu leistet, HIV/AIDS zu besiegen. Wir kämpfen dafür, die Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit HIV/AIDS zu beenden. Die in Bayern existierende Infrastruktur für den Kampf gegen HIV/AIDS, wie etwa der Checkpoint der Münchner Aids Hilfe, werden wir leistungsfähig und bedarfsgerecht ausbauen. Dazu gehört der Ausbau dieser Projekte auch in den Landkreisen.

Begründung

Gerade HIV/AIDS Präventionsangebote im ländlichen Bereich fehlen. Den Ausbau sollten wir mit einen eigenen Punkt erwähnen.

Antrag L1-C-448-2: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 448

~~Suchtkranken helfen, nicht kriminalisieren~~ Drogenpolitik ist Gesundheitsschutz

Zeile 449 - 450

~~Drogensucht ist eine Krankheit. Statt die Menschen zu kriminalisieren, benötigt es dringend eine andere Strategie, die den Menschen hilft~~ Wir fordern ein grundsätzliches Umdenken in der Drogenpolitik. Die bayerische Regierung gibt sich als härteste Gegnerin im Umgang mit Drogen – soweit sie illegal sind. Während Alkohol zum Kulturgut des Landes dazugehört, werden Konsumierende und Suchtkranke anderer Drogen kriminalisiert. Dabei sind sich nahezu alle Suchtforscher*innen einig, dass die Illegalisierung von Drogen nicht zu einem besseren Umgang im Drogenkonsum führt. Auf Bundesebene werden wir uns für eine grundlegende Reform des Betäubungsmittelgesetzes einsetzen, die Konsumierenden ermöglicht, bisher illegalisierte Substanzen legal zu erwerben. Diese Bezugsmöglichkeiten dürfen nicht profitorientiert sein und müssen mit Aufklärung, Jugendschutz und Prävention einhergehen.

Zeile 451 - 452

- **~~Wir streiten für den Ausbau niedrigschwelliger Programme zur Suchtprävention. Dazu braucht es flächendeckende Therapie- und Präventionsangebote.~~**

Auf Landesebene wollen wir alle Spielräume nutzen, um eine verantwortungsvolle Drogenpolitik umzusetzen, die Drogenkonsum nicht kriminalisiert und Konsumierende nicht stigmatisiert, sondern versucht, die gesundheitlichen und sozialen Risiken für die Konsumierenden zu reduzieren.

Ordnungspolitische Maßnahmen, die auf die Verdrängung der Handelnden oder Konsumierenden setzen, helfen nicht, sondern verlagern die Problematik nur temporär. Es braucht wirksame Maßnahmen, wie das Aufstellen von Abfalleimern zur sicheren Entsorgung von Utensilien des Drogengebrauchs und niedrigschwellige Angebote der Drogen- und Suchthilfe vor Ort sowie die Ausweitung der Sozialarbeit.

Zeile 453 - 455

- ~~Bayern muss bei der Legalisierung von Cannabis vom Bremser zum Vorreiter werden. Dies funktioniert über eine Bundesratsinitiative, wenn die Regierung weiter zaudert, und eine unverzügliche Anhebung der Bagatellgrenze zur Strafverfolgung.~~

Wir wollen flächendeckend Drogenkonsumräume. Diese sorgen nicht nur für mehr gesundheitlichen Schutz für die Konsumierenden, sondern entlastet ebenso die durch erhöhten Drogenkonsum belasteten Orte.

Die Möglichkeiten der Substitutionsbehandlung sind in Bayern beschränkt. Wir unterstützen Ärzt*innen, Krankenhäuser und medizinische Versorgungszentren, um die Kapazitäten auszuweiten.

Zeile 456 - 458

- ~~Auch bei anderen illegalisierten Drogen streitet DIE LINKE für eine Umkehr in der Politik: Es benötigt Drug-Checking-Angebote, eine Anhebung der Bagatellgrenzen auch dort und die Einrichtung von Drogenkonsumräumen.~~

Angebote zur Suchtprävention, Aufklärung sowie Sucht- und Drogenhilfe wollen wir verstetigen und bedarfsorientierte ambulante Therapieangebote ausbauen. Dabei geht es auch darum, die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Suchterkrankungen zu fördern. Psychosoziale sowie sozialpädagogische Betreuungsangebote für Schwerstabhängige müssen erweitert und vorangetrieben werden.

Wir fordern, dass die Träger der Sucht- und Drogenhilfe stärker in ihrer Arbeit unterstützt und finanziell besser ausgestattet werden, sodass sie für ihre Arbeit ausreichend Personal mit tarifgebundener Bezahlung beschäftigen können.

Zeile 459 - 461

- ~~Die Möglichkeiten der Substitutionsbehandlung sind in Bayern beschränkt. Wir unterstützen Ärzt:innen, Krankenhäuser und medizinische Versorgungszentren, um die Kapazitäten auszuweiten.~~

Wir fordern Eigenbedarfsgrenzen auch für andere illegalisierte Substanzen. Damit betreten wir bundespolitisch kein Neuland. In Bundesländern wie Hessen, Bremen und Hamburg sind solche Eigenbedarfsgrenzen jahrelange politische Praxis. Damit leisten wir einen Beitrag zur Entlastung der Justiz und zur Entkriminalisierung der Konsumierenden.

Zeile 462 - 469

~~Die bayerische Regierung gibt sich als härteste Gegnerin im Umgang mit Drogen – soweit sie illegal sind. Während Alkohol zum Kulturgut des Landes dazugehört, werden Konsumierende und Suchtkranke anderer Drogen kriminalisiert. Dabei sind sich nahezu alle Suchtforscher:innen einig, dass die Illegalisierung von Drogen nicht zu einem besseren Umgang im Drogenkonsum führt. Wir benötigen ein Umdenken: Suchtabhängige Menschen sind krank. Ihnen muss geholfen werden, sie dürfen nicht weiter in den Teufelskreis der Kriminalisierung gedrängt werden. Dazu bedarf es Drogenkonsumräume, Möglichkeiten, Drogen nach ihrer Reinheit zu testen, sogenanntes Drug-Checking.~~

Wir setzen uns dafür ein, dass rechtliche Rahmenbedingungen für die Einführung von Cannabis-Clubs geschaffen werden. Die Clubs dienen der Deckung des persönlichen Bedarfs. Sie stellen eine schnell umsetzbare Möglichkeit für einen verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis dar. Der private Eigenanbau von Cannabis soll grundsätzlich ermöglicht werden.

Wir setzen uns dafür ein, das Drug-Checking-Modellprojekt eingeführt und verstetigt werden.

Begründung

Die Forderung zur Drogenpolitik sollten geschärft werden. Es ist ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitspolitik und stellt nicht nur auf Prävention ab.

Antrag L1-C-470-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München-Nord und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 470

10. ~~Die Mieten nicht dem Markt überlassen~~ Keine Profite mit Boden und Miete

Begründung

Nutzung eines in der politischen Linken und unserer Partei gängigen Slogans, der die kapitalistische Verwertungslogik beim Wohnen ablehnt und unsere Positionen übergeordnet zusammenfasst. Das Thema Bodensteigerung sollte als wesentlicher Treiber von Spekulation ebenfalls angesprochen werden.

Antrag L1-C-471-1: Verschiebung Kapitel 10 zu Kapitel 4

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München-Nord und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 471

--Das Kapitel wird an die vierte Stelle im Leitantrag verschoben--

Begründung

Beim Thema Mieten & Wohnen hat sich DIE LINKE in den letzten Jahren stark auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene profiliert. Stark überproportional wird unserer Partei bei allen Wahlen hier Kompetenz zugeschrieben. Das Thema Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wie aus einer Anfrage unserer Bundestagsfraktion hervorgeht lag die durchschnittliche Erst- und Wiedervermietungsmiete landesweit in Bayern bei 12,32 Euro pro Quadratmeter nettokalt. Die Anfrage zeigt auch, dass sich die Problematik bezahlbaren Wohnraums nicht mehr nur ein Thema der Ballungsräume ist. In Städten wie Schwandorf, Aschaffenburg, Cham oder Freyung-Grafenau steigen die Mieten mit über 10% gerade am stärksten.

Um weiter bei den Leuten als die Mietenpartei wahrgenommen zu werden, müssen wir das Thema auch im Wahlprogramm prominenter platzieren

Antrag L1-C-479-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Stefan Jagel (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 479

Für DIE LINKE ist angemessener und bezahlbarer Wohnraum ein Grundrecht. Wir wollen sozial durchmischte Stadtviertel statt Verdrängung und Gentrifizierung. Für uns ist klar: Der freie Wohnungsmarkt ist unfähig diese Ziele zu erreichen. Er bevorzugt die Wohlhabenden und quetscht die Mieterinnen und Mieter finanziell aus. DIE LINKE steht für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Insbesondere fordern wir einen starken kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau mit sozialen und nachhaltigen Vorgaben. Große profitorientierte Wohnungsunternehmen müssen in die öffentliche Hand überführt werden. Ohne Druck von unten geht es nicht. Deshalb unterstützen wir aktiv Mieterinitiativen und die Mietenbewegung. Damit der Druck von unten auf die Immobilienlobby, auf die Konzerne und auf die politisch Verantwortlichen wächst. Wir stehen ohne Wenn und Aber an der Seite der Mieterinnen und Mieter im Kampf um bezahlbares Wohnen. Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für eine Absenkung der Mieten ein.

Begründung

Wir stehen ohne Wenn und Aber an der Seite der Mieterinnen und Mieter im Kampf um bezahlbares Wohnen, ist richtig. Wir wollen allerdings auch ein aktiven Teil der Mietenbewegung sein. Deshalb wird vor diesem Satz die oberen beide Sätze eingefügt.

Antrag L1-C-530-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Stefan Jagel (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 531

(BayernLB) müssen gefördert werden.

- **Wir wollen Wohnformen wie Miethäusersyndikate fördern. Die Landesbank soll neue Miethäusersyndikate mit Zuschüssen und zinslosen Darlehen fördern.**

Begründung

Miethäusersyndikate fehlen im Kapitel. In vielen bayrischen Städten entstehen aktuell neue Projekte (z.B. Augsburg, Landshut (Umgebung), München oder Nürnberg). Diese Möglichkeit Wohnraum dem Markt zu entziehen und anschließend solidarisch und gemeinschaftlich zu organisieren sollten wir aktiv unterstützen. Miethäusersyndikate sind Anlaufpunkte für linke Strukturen und wirken positiv in unserem Sinne in den jeweiligen Stadtvierteln.

Antrag L1-C-535-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Stefan Jagel (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 535 - 537

~~**Rekommunalisierungsfonds. Die Kommunen brauchen dafür sofort ein neues, rechtssicheres Vorkaufsrecht mit der Möglichkeit zur Preislimitierung zum sozialen Ertragswerts.**~~

Zeile 545 - 547

- ~~**Die Privatisierung von öffentlichem Boden wollen wir verbieten. Boden kann nur im Erbbaurecht vergeben werden. Kommunale und genossenschaftliche Nutzung wird bevorzugt.**~~

Zeile 610 - 611

~~Grund und Boden sind ein unvermehrbares Gut und dadurch besonders von Verteilungskonflikten betroffen.~~

Die blinde Marktorientierung hat dazu geführt, dass bei der Verteilung von Wohnraum das Recht des Stärkeren und des Profites gilt.

Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen werden immer mehr aus guten Wohnlagen verdrängt - mit den entsprechenden Konsequenzen für den Arbeitsplatz und das soziale Umfeld. Deshalb fordern wir, als DIE LINKE, eine stärkere Regulierung des Wohnungsmarktes.

Begründung

Die Bodenpolitik ist ein zentrales Element um bezahlbare Mieten auf Dauer zu ermöglichen. Diese Eigentumsfrage ist zentral. Deshalb wollen wir einen eigenen Absatz zur Boden- und Liegenschaftspolitik im Freistaat.

Antrag L1-C-551-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Stefan Jagel (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 551 - 553

- **Angemessene Unterkünfte für Geflüchtete und Obdachlose müssen drin sein: Die Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften ist würdelos und muss sofort beendet werden.**
 - Die unwürdige Unterbringung von Geflüchteten, Wohnungslosen oder Saison- und Wanderarbeiter*innen in Massenunterkünften werden wir beenden. Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung!
 - Wir wollen den Ansatz Housing First in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern. Er bedeutet, Obdachlose schnell und als ersten Schritt in Wohnungen unterzubringen. Dazu braucht es auch die weitere Institutionalisierung niedrigschwelliger Beratungsangebote und -strukturen.
- Begründung:

Begründung

Zunächst findet sich im Ursprungstext der Begriff „Angemessen Unterkünfte“. Wir wollen keine Unterkünfte für Geflüchtete. Wir wollen, dass sie ein Recht auf eine eigene Wohnung haben. Außerdem müssen wir den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern. Geflüchtete und Obdachlose wie im Ursprungstext erfasst nicht alle Menschen.

Antrag L1-C-554-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Stefan Jagel (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen

Sachgebiet:

L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 554

- In den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften (z.B. bei der Stadibau) braucht es demokratische Mieterräte mit Mitbestimmungsrechten.
- Kündigungen wegen Rückstände bei der Miete bei landeseigenen Wohnungen schließen wir aus. Niemand darf gekündigt werden. Bundesweit wollen wir den Kündigungsschutz verbessern.
- Räumungen die in die Wohnungslosigkeit führen, wollen wir grundsätzlich verbieten. Für die staatlichen Wohnungen setzen wir dies sofort um.

Begründung

Die Mitbestimmung der Mieter*innen fehlt im Wohnungskapitel. Außerdem fehlt der Ausschluss der Kündigungen und der Räumungen bei staatlichen Wohnungen, sowie bei den staatlichen Wohnungsbaugesellschaften.

Antrag L1-C-563-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München-Nord und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 563 - 565

- ~~**Die jährliche energetische Sanierung von 2%–3% des Wohnungsbestands ist anzustreben und eine Verpflichtung zur Bereitstellung von Ersatzwohnraum während der Sanierungsmaßnahmen zu gewährleisten.**~~
- Mindestens eine Verdopplung der energetischen Sanierungsquote von derzeit 1% auf mindestens 2%. Verpflichtung zur Bereitstellung von Ersatzwohnraum während der Sanierungsmaßnahmen.

Begründung

Diese Formulierung war die eigentliche letzte Version im Kapitel für Mieten & Wohnen, die schon mit Vertretern des Mieterbundes abgestimmt war. Sie soll deutlich machen, dass wir mindestens eine Verdoppelung der Anstrengungen brauchen.

Antrag L1-C-571-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München-Nord und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 571

notwendigen Modernisierungen stemmen können.

- **Aufsetzen eines Förderprogramms klimaneutraler und sozialgerechter Gebäudebestand Bayern**
- **Der Freistaat muss als Immobilienbesitzer Vorbild sein**

Begründung

Ähnlich zu den Förderprogrammen des Bundes für die Sanierung von Wohngebäuden über die Bafa, soll auch das Land diese Aufgabe unterstützen. Bei seinen eigenen Immobilien muss der Freistaat natürlich Vorreiter sein.

Antrag L1-C-587-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München-Nord und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 587 - 591

- **~~Wir machen Druck, um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in~~
Schnelle Umsetzung des Umwandlungsverbots, damit in angespannten Wohnungsmärkten**

~~dauerhaft zu beenden. Die ist sogar – wenn auch nur
begrenzt bis 2026 – in dem neuen Baulandmobilisierungsgesetz vorgesehen. Bis
heute weigert sich die bayerische Staatsregierung allerdings, die benötigte
Rechtsverordnung zu erlassen~~Wohnungslagen nicht weiter Mietwohnungen zu
Eigentumswohnungen werden, die für den Großteil der Gesellschaft nicht leistbar sind. Ein
solches Verbot soll ab drei Wohnungen pro Haus gelten. Viel zu lange hat die
Landesregierung die Umsetzung dieses Gesetzes verschleppt.

Begründung

Mittlerweile hat die Landesregierung - nach fast zwei Jahren zögern – angekündigt, das Umwandlungsverbot einzuführen, das den Ländern im Rahmen des Baulandmobilisierungsgesetzes ermöglicht wurde. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird regelmäßig angewandt, um den Wert von Immobilien zu steigern und Altmietler:innen über Eigenbedarfskündigungen auf die Straße zu setzen. Der von der CSU vorgeschlagene Schwellenwert von mindestens 10 Wohnungen pro Haus, ab dem eine Umwandlung verboten werden kann ist viel zu hoch. Das Baulandmobilisierungsgesetz erlaubt eine Mindestschwelle von drei. Daran sollten wir uns als LINKE orientieren.

Antrag L1-C-594-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Stefan Jagel (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 594

ausnahmslosen Mietpreisbremse.

- **Diese Mietendeckel und Mietpreisbremsen sollen auch für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.**

Begründung

Auch Kleingewerbe, Handwerksbetriebe und soziale und kulturelle Einrichtungen werden verdrängt. Diese sollten zumindest einmal erwähnt werden.

Antrag L1-C-617-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Stefan Jagel (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 617

Spekulation mit Grund und Boden durch soziale Bodenpolitik beenden

Eine der zentralen Ursachen für steigende Mieten ist die Explosion der Bodenpreise. Seit 1964 sind die Bodenpreise durchschnittlich um mehr als 1.800 Prozent gestiegen. Allein in den vergangenen Jahren haben sich die Preise in den bayerischen Städten fast verdreifacht. Dagegen braucht es dringend Maßnahmen, um das sich immer schneller drehende Spekulationskarussell mit Grund und Boden anzuhalten und endlich wieder bezahlbaren Wohnungsbau zu ermöglichen. Denn Grund und Boden sind nicht vermehrbar. Deshalb stehen wir für eine neue Bodenpolitik in Bayern! Dies wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Die Bodenpreise für den sozialen Wohnungsbau müssen zweckgebunden gedeckelt werden. Nur mit bezahlbarem Boden sind auch bezahlbare Mieten möglich.
- Die Privatisierung öffentlicher Grundstücke wollen wir mit einem bayerischen Bodensicherungsgesetz ausschließen. Öffentlichen Boden wollen wir nur noch in Erbbaurecht vergeben. Der Erbpachtzins für Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau wollen wir deutlich senken. Er soll sich am sozialen Nutzen des Geschosswohnungsbaus orientieren und damit langfristig leistbare Mieten garantieren.
- Der Freistaat Bayern verkauft Grundstücke zu einem sozialen Preis nur noch an die Kommunen. Ein Grundstücksverkauf wie an Apple darf sich nicht mehr wiederholen
- Um den Anteil öffentlichen Eigentums am Boden zu erhöhen, fordern wir ein Ankaufprogramm in Höhe von 800 Millionen Euro jährlich, aus dem der Freistaat für die Kommunen Mittel zur Verfügung stellt, um den Erwerb von Boden sicherzustellen. Vom Bund fordern wir eine weitere Beteiligung.
- Der Freistaat muss seine Liegenschaftspolitik am Gemeinwohl ausrichten und von der Finanzpolitik entkoppeln. Sie darf nicht länger am größtmöglichen Gewinn für den

Landeshaushalt ausgerichtet sein.

- Der Kapitalverwertungsdruck auf den Bodenmarkt ist nach wie vor enorm. Er verhindert oft eine Nutzung im Interesse der Menschen. Dort, wo wir dem nicht durch Regulierung oder Ankauf begegnen können, wollen wir über eine stärkere Besteuerung zumindest einen Beitrag zur Finanzierung des Allgemeinwesens leisten. Deshalb wollen wir eine Erhöhung der Hebesätze im Freistaat und eine Reform der Grunderwerbssteuer auf Bundesebene, die mehr Differenzierung nach Nutzung und die Besteuerung von Share Deals erlaubt.
- Auf Bundesebene wollen wir das Vorkaufsrecht der Kommunen zurück und wollen dies stärken: Es soll überall ohne Ausnahme und innerhalb von bis zu sechs Monaten ausgeübt werden können.
- Wir brauchen außerdem ein preislimitiertes Vorkaufsrecht, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner*innen.
- Spekulationen mit Bauland wollen wir stoppen. Deshalb wollen wir leistungslose Gewinne durch den Wertzuwachs an Grundstücken über eine Bodenwertzuwachssteuer abschöpfen.

Begründung

Die Bodenpolitik ist ein zentrales Element um bezahlbare Mieten auf Dauer zu ermöglichen. Diese Eigentumsfrage ist zentral. Deshalb wollen wir einen eigenen Absatz zur Boden- und Liegenschaftspolitik im Freistaat.

Antrag L1-C-618-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Ortsverband München-Nord und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 0 - 618

~~11.—Inklusion: Mehr als nur ein Lippenbekenntnis~~

Junges Wohnen: Wohnheimoffensive für Studierende und Auszubildende

Wenn Studierende keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden, dann bedeutet das vor allem eins: Jugendliche ohne reiche Eltern haben es immer schwerer, ein Studium zu finanzieren. Immer mehr Menschen werden vom Studium abgeschreckt, die soziale Selektion im Bildungssystem wird weiter verstärkt. Das hat auch eine negative Auswirkung auf die Vielfalt an den Hochschulen. Studierende aus Nicht-Akademikerfamilien mit ihren individuellen Erfahrungen sehen wir als Bereicherung für die Hochschulkultur und Forschung. Wohnheimplätze öffentlicher Träger bieten die Möglichkeiten sich auch mit wenig Geld auf das Studium konzentrieren zu können. Doch während die Zahl der Studierenden in den letzten Jahren stark gestiegen ist, haben die Wohnheimplätze des Studierendenwerks in Bayern seit 2018 sogar von 26.230 auf 24.100 abgenommen. Dies sind Folgen einer Mangelwirtschaft. Die Studierendenwerke wurden in den letzten Jahren vom Land stark unterfinanziert, wodurch sich ein hoher Sanierungsstau ergeben hat. Der skandalöse Leerstand von 1.500 Wohnungen in der Studentenstadt in München ist das bekannte Ergebnis dieser katastrophalen Landespolitik. Auch für junge Menschen in der beruflichen Ausbildung ist es aufgrund der hohen Mieten kaum mehr möglich, in räumlicher Nähe zum Ausbildungsort zu leben. Der Bau von Azubiwohnheim bietet eine Möglichkeit dieser Entwicklung entgegenzuwirken und ein eigenständiges, gemeinschaftlich organisiertes Wohnen zu fördern.

- Sonderprogramm für den Neubau von Studierendenwohnheimen. Mindestens 3.000 neue Wohnheimplätze pro Jahr in Bayern
- Erhöhung der Fördergelder für den Neubau und die Sanierung von Wohnheimen
- Schnelle Sanierung aktuell leerstehender Wohnheime durch erfahrene Maßnahmenträger (Nein zur Bayernheim!)
- Wir wollen den Bau öffentlicher Auszubildendenwohnheime fördern, insbesondere im ländlichen Raum, sodass jährlich 2.000 neue Wohnheimplätze für Auszubildende entstehen. Dazu soll die Entstehung von Azubiwerken unterstützt werden.

11. Inklusion: Mehr als nur ein Lippenbekenntnis

Begründung

Günstiger Wohnraum für Studierende und Auszubildende bietet für viele junge Menschen die Grundlagen für eine erfolgreiche Ausbildung. Wohnheime in öffentlicher Hand können diese Grundlage sein. Leider ist dies in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden, wie die Zahlen deutlich zeigen. Während die Studierendenzahlen gestiegen sind, sind die Wohnheimplätze sogar gesunken. Dazu stehen in Deutschlands größten Studentenwohnheim aktuell 1.500

Wohnungen leer. Diese Thematik ist sehr wichtig und wir sollten sie auf keinen Fall im Wahlprogramm vernachlässigen

Antrag L1-C-631-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 631

- **Bayern muss hinsichtlich Mobilität und Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden endlich barrierefrei werden.**

Antrag L1-C-637-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 637

- **Auch sprachlich kommunikativ muss Barrierefreiheit gewährleistet werden, etwa durch die**

Begründung

Auf diese Weise sind alle Arten der Kommunikation eingebunden, beispielsweise auch Blindenschrift.

Antrag L1-C-687-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen

Sachgebiet:

L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 687 - 689

~~Sinnerfüllende und gleichzeitig auskömmliche Arbeit darf auch für Menschen mit Behinderung kein Wunschtraum bleiben. Wir wollen dafür sorgen, dass für alle gerechte Löhne und Menschen mit Behinderungen haben nicht nur ein gutes Arbeiten ermöglicht werden.~~ Anrecht auf Arbeit, sie leisten auch einen wertschöpfenden Beitrag zum Arbeitsleben. Wir sprechen von Ressourcen, die u. a. den Fachkräftemangel entlasten helfen.

Um die Potenziale von Menschen mit Behinderungen für den Arbeitsmarkt zu erschließen, bedarf es einer Infrastruktur, die für Betriebe und Betroffene erforderliche Unterstützung zur Verfügung stellt.

Zeile 691

~~– stattdessen –~~ Mindestlohn muss für alle gelten.

Zeile 692

- ~~Menschen mit Behinderung brauchen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt.~~
- Wir wollen die Förderung von Alternativen zur Beschäftigung in Werkstätten.
- Wir wollen Förderprogramme, die begleitende Dienstleistungsangebote für Betriebe und Betroffene entwickeln oder verbessern

Zeile 693 - 694

- ~~Behindertenwerkstätten müssen zur Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt beitragen.~~
- Wir wollen den Ausbaustop und den bedarfsgerechten Rückbau von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
- Wir wollen das Budget für Arbeit flächendeckend bewerben und dessen Umsetzung fördern

Zeile 695 - 696

- ~~Alle Arbeitgeber:innen müssen Menschen mit Behinderung einstellen – der öffentliche Dienst muss dabei Vorbild werden.~~

- Wir wollen Inklusion als Vergabekriterium öffentlicher Aufträge
- Wir wollen eine nachhaltige Förderung von Dienstleistungen für Betriebe zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen

Zeile 697

- Wir fordern, Schluss mit dem Freikauf durch Ausgleichszahlungen. Was aktuell noch an Ausgleichszahlungen anfällt, soll ausschließlich zur Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Bayern genutzt werden dürfen

Zeile 699 - 703

~~Arbeit ist Teil des gesellschaftlichen Lebens und damit Teilhabe. Menschen mit Behinderung müssen daher in allen Betrieben und Arbeitsstätten Teil~~Wir wollen die Zukunft der Belegschaft
~~sein. Jedoch ist auch dafür zu sorgen, dass Menschen, die dies wünschen, in Werkstätten arbeiten können. Grundkonsens ist dabei~~Inklusion im Arbeitsleben. Arbeit ist für Menschen mit Behinderungen sinnstiftend, unterhaltssichernd und ermöglicht Selbstbestimmung.
Wir setzen uns für eine faire Bezahlung, mindestens nach dem Mindestlohngleichberechtigte Teilhabe ein. Für die Umsetzung müssen sowohl Betroffene, als auch Betriebe gefördert werden.

Begründung

Die Forderungen wurden gemeinsam mit einem örtlichen Aktiven und Betroffenen in der Inklusion ergänzt/verändert oder umstrukturiert. So sollen sie konkreter werden.

Antrag L1-C-691-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 691

~~–stattdessen–~~ Mindestlohn muss für alle gelten.

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung klingt, als wäre der Mindestlohn auch automatisch die Obergrenze. Wir halten es für durchaus möglich, dass manche Tätigkeiten in den Werkstätten auch Bezahlung über Mindestlohn verdienen würden und haben daher eine offenere Formulierung gewählt.

Antrag L1-C-723-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 723

Wohnen ohne Hindernisse, das muss drin sein. Wir fordern die Umsetzung bestehender Normen und endlich ein ausreichendes Angebot an Wohnraum für Menschen mit Behinderung ~~–ganz nach ihren Bedürfnissen–~~ flächendeckend und als Versorgung für alle Bürger:innen.
Barrierefreiheit für alle.

Begründung

Barrierefreiheit kommt uns allen zu Gute. Ob jetzt oder im Alter, investiert wird hier für alle.

Antrag L1-C-732-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 732

Mit dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm unterstützt der Freistaat Bayern die

Gemeinden dabei, selbst bezahlbaren Wohnraum zu planen und zu bauen. Mit 150 Millionen Euro im Jahr wird der Neubau von gemeindlichen Mietwohnungen gefördert. Es sollen Wohngebäude gefördert werden, die langfristig nutzbar sind und dem Ziel einer geordneten städtebaulichen Entwicklung entsprechen. Förderung soll an einen Inklusionsvorbehalt geknüpft werden.

Antrag L1-C-771-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 771

- **Wir wollen eine Schule für Alle mit den Kompetenzen aller Schularten.**
- **Die Ausbildung von Lehrer:innen an Universitäten muss Gewicht auf Inklusion legen.**
- **Fortbildungen für Lehrer:innen zur Inklusion muss verpflichtend werden.**
- **Die Rückführung von Förderschulen ist zu planen.**

Antrag L1-C-782-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 782

müssen verbessert werden. Dafür braucht es oft technische Ausstattung, die unbürokratisch zugänglich sein muss.

Antrag L1-C-798-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 798 - 801

Menschen mit Behinderung haben in allen Lebensphasen ein Recht auf unabhängige Beratung, auf Assistenz und auf Hilfsmittel. Wir möchten, dass ihre Ansprüche auf Unterstützung auch in frühen Lebensphasen umfassend, zuverlässig und unbürokratisch erfüllt werden. Wir benötigen eine Schule für Alle mit den Kompetenzen aller Schularten. Entscheidend für eine inklusive Gesellschaft ist die Selbstverständlichkeit, mit der Kinder gemeinsam heranwachsen, denn das verhindert, dass Barrieren im Denken und im täglichen Miteinander überhaupt entstehen. Inklusive Kitas und Weiterbildungen für das pädagogische Personal sind dafür notwendig. Wir fordern, dass der Besuch der Schule vor Ort für Kinder mit Beeinträchtigungen erleichtert wird. Alle Schulgebäude müssen Schritt für Schritt barrierefrei (um-)gebaut werden und Zugang für Alle bieten. Bayern benötigt endlich eine ausreichende Anzahl an Lehr- und Fachkräften (auch neben den klassischen Lehrkräften) statt dem ~~jahrzehntealten~~ Jahrzehnte alten Mangel an Lehrer:innen und Schulbegleiter:innen. Diese Fachkräfte und auch die Lehrer:innen müssen sowohl in ihrer Ausbildung, als auch in Fortbildungen zum Thema und zur Praxis der Inklusion geschult werden. Der mobile sonderpädagogische Dienst muss ausgebaut und Projekte zur medizinischen Unterstützung an Schulen für Kinder mit und ohne Behinderungen durch Schulgesundheitspfleger:innen und Schulpsycholog:innen gefördert werden. Eine Rückführung von den Förderschulen ist zu planen. Die Förderung von Schüler:innen mit Dyskalkulie muss analog zu denen mit Legasthenie in das Schulgesetz aufgenommen werden und die schulischen Kommunikationsmöglichkeiten von hör- und sehbehinderten Menschen verbessert werden. Die Chancen der Digitalisierung müssen genutzt werden, um die Lern- und Studienbedingungen an Schulen und Universitäten für Lernende und Studierende mit Beeinträchtigung zu verbessern. Barrierefreiheit überall!

Begründung

Ergänzender Antrag zu den zusätzlichen Bullet-Points (anderer Änderungsantrag)

Antrag L1-D-3-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 5

Statt das Abschiebebundesland Nummer Eins zu sein, wollen wir Bayern zu einem Willkommens**bundes**land machen, das, ~~der christlichen Tradition der Nächstenliebe~~ **entsprechend**, diejenigen herzlich aufnimmt, die vor Krieg, Elend, Hunger ~~und~~ Armut oder aus Gründen der politischen Verfolgung fliehen.

Begründung

Unser Wahlprogramm muss überkonfessionell formuliert sein.

Nachdem mehrere Fluchtgründe aufgeführt sind, muss die politische Verfolgung berücksichtigt werden.

Antrag L1-D-6-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 6

- **Gleiche Rechte für alle Geflüchteten. Wir fordern die Anwendung der so genannten »Massenzustrom-Richtlinie« für alle Geflüchteten. Mit dieser Richtlinie zeigt sich seit März 2022, dass damit die Integration in den Arbeitsmarkt, in die sozialen Sicherungssysteme, ins Schulsystem, etc. sehr gut gelingt und Geflüchtete sofort Handlungsmacht über ihr Leben gewinnen.**
- **Wir fordern die Wiederherstellung des alten Asylrechts (vor 1993) statt einer**

Begründung

Das Asylrecht vor 1993 (also vor mehr als 30 Jahren) wird in der Regel nicht bekannt sein.

Antrag L1-D-9-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 9 - 11

- ~~Wir fordern ein Ende der Abschiebungen und einen Stopp der Ausreiseverpflichtungen Geflüchteter in Bayern sowie die Abschaffung von Abschiebehaft und Nachtabschiebungen.~~
- Wir fordern das Ende von Abschiebungen und einen Stopp der Ausreiseverpflichtung Geflüchteter in Bayern.

Begründung

Wenn Abschiebungen beendet/ausgesetzt werden, gibt es auch keine Nachtabschiebungen und Abschiebehaftanstalten mehr.

Antrag L1-D-12-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 12 - 13

- Abschiebungen von Einwohner:innen mit Migrationshintergrundbiografie, die in Deutschland verwurzelt sind, müssen sofort beendet werden -- entsprechend der Rechtsprechung

Begründung

Der Begriff Migrationshintergrund ist statisch, weil er sich lediglich auf den Staatsbürger-Status der Eltern bezieht (so auch die Datenerhebung des statistischen Bundesamtes). Der Begriff Migrationsbiografie kann weiter und offener gelesen werden.

Antrag L1-D-15-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 15 - 16

- ~~Wir wollen ein dauerhaftes Bleiberecht statt „Kettenduldungen“, spätestens nach drei Jahren.~~

Begründung

Das ist Bundesrecht.

Antrag L1-D-18-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 18

Beseitigung künstlich-errichteter bürokratischer Hürden, müssen gewährleistet

Begründung

Ob Künstlich oder absichtlich – bürokratische Hürden müssen weg.

Antrag L1-D-21-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 21 - 22

Lagern an den Grenzen Europas, insbesondere aus Griechenland und von der belarussisch/polnischen Grenze sind dringend notwendig.

Begründung

Warum nur Griechenland und Polen/Belarus? Auch Kroatien/Serbien/Bosnien/Ungarn.. müssten genannt werden. Die verbleibende Formulierung schließt alle ein.

Antrag L1-D-23-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 23

- **Es braucht endlich eine kultursensible und diskriminierungskritische Ausbildung aller**

Begründung

Unbedingt auch an dieser Stelle muss die Sensibilisierung stattfinden.

Antrag L1-D-31-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen

Sachgebiet:

L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 31

sichergestellt werden muss. Diese Beratung muss mit tariflich bezahlten Stellen für qualifiziertes Personal ausgestattet werden.

Begründung

Es passiert viel durch unvergütetes Ehrenamt. Diese verantwortungsvolle und schwere Arbeit muss bezahlt werden.

Antrag L1-D-33-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 33

medizinischer Versorgung, psychosozialer Begleitung durch Sozialarbeiter*innen und psychologischer Beratung in den Aufnahmezentren

Begründung

Die psychosoziale Begleitung (nicht nur eine psychologische) ist einer der zentralen Schlüssel, um sich ein Leben in der Bundesrepublik aufbauen zu können. Sozialarbeiter*innen gehören auch zu unseren wichtigen Zielgruppen. Dieser Berufsgruppe sollten wir zeigen, dass wir das Problem erkennen.

Antrag L1-D-39-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen

Sachgebiet:

L - Leitangebote und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 39 - 40

- ~~Unabhängiger Beratungsstellen für Geflüchtete, die durch das Land gefördert werden, müssen flächendeckend errichtet werden.~~

Begründung

In Zeilen ab 28 ff. bereits gefordert

Antrag L1-D-42-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitangebote und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 42

- alle Geflüchtete, die nur durch ~~Fachpersonal~~ Fach- oder professionell geschultes Personal gegeben werden, muss gefördert

Begründung

Unter Fachpersonal würden lediglich Akademiker*innen verstanden, die einen Abschluss in DaF (Deutsch als Fremdsprache) oder DaZ (Deutsch als Zweitsprache) vorweisen können. Angesichts des enormen Mangels an solchem Fachpersonal wäre es auch akzeptabel, professionell in Fremdsprachenvermittlung geschulte Personen einzusetzen.

Antrag L1-D-44-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitangebote und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 44

- **Wir fordern die Abschaffung der AnKER-Zentren und statt dessen die schnellstmögliche Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen**

Begründung

In AnKER-Zentren (Kürzel für: Ankunft, kommunale Verteilung, Entscheidung und Rückführung) verpflichtet die bayerische Staatsregierung Asylsuchende mit jeglichem Verfahrensstatus, monate-

bis jahrelang in diesen Sammelunterkünften zu leben.

Je nach Standort müssen sich bis zu 1.000 Personen auf engstem Raum Mehrbettzimmer, sanitäre

Anlagen und Gemeinschaftsräume teilen. Regelmäßig werden vom Sicherheitspersonal und mittels

sogenannter präventiver Polizeirazzien die Zimmer durchsucht, um die Hausordnung durchzusetzen.

Die Aufnahme einer Beschäftigung ist in den ersten neun Monaten mit einer Aufenthaltsgestattung strikt verboten. Zudem finden regelmäßig nächtliche Abschiebungen statt, meist mit einem Großaufgebot der Polizei. Dadurch leben Menschen, die oft eine lange und schwere Flucht hinter sich

haben, in ständiger Angst, re-Traumatisierungen werden ausgelöst.

Antrag L1-D-52-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 52 - 54

- **~~Es braucht gesonderte Beratungskurse für sexuell verfolgte Menschen, vor allem für Frauen und Mädchen, in allen Regionen in dem Wissen, dass Frauen und Mädchen vielfach Opfer von Vertreibungen sind~~**

- Es braucht besondere Beratungsangebote für sexuell verfolgte Menschen, vor allem für Frauen, Mädchen und LGBTIQ+.

Begründung

Leichtere Verständlichkeit dieses wichtigen Punktes.

Antrag L1-D-56-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 56

Asylverfahrens und der Bleibeperspektive muss umgesetzt werden; wir fordern gleichzeitig

Begründung

Grammatik, Verständlichkeit

Antrag L1-D-62-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 62

- **Wir fordern die Aufhebung ~~des Arbeitsverbots~~ von Arbeitsverboten für Geflüchtete.**

Begründung

Der ursprüngliche Text kling so, als hätten alle Arbeitsverbote.

Antrag L1-D-68-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 68

Abschiebep Praxis zu bleiben.

- **Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen muss erleichtert werden.**

Begründung

Damit soll den Menschen eine Tätigkeit in den von ihnen erlernten Berufen ermöglicht werden. So werden sie auch vor Ausbeutung geschützt.

Antrag L1-D-85-1: Ersetzungsantrag Kapitel 13

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 85 - 86

**13. Die Demokratie ~~verteidigen, offensiv gegen~~
~~Menschenfeindlichkeit~~stärken**

Zeile 87

~~Antifaschismus – wehret den Anfängen!~~Rechten Terror und Gewalt stoppen

Zeile 88 - 92

~~Die rechtsextremen Terroranschläge und Morde der vergangenen Jahre haben die tödliche Gefahr von rechts schmerzhaft gezeigt. Auch in Bayern zeigt~~ Die extreme Rechte hat die Schwelle zum Terror längst überschritten. Die Liste rechter Attentate allein aus den letzten zwei Jahren ist lang. Rechte begehen Mordanschläge auf Migrant*innen, Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens, Linke und andere Andersdenkende; die Sicherheitsbehörden erweisen sich immer wieder, dass-
~~sich unsere Gesellschaft gefährlich nach rechts entwickelt hat~~ als unfähig, die Täter*innen zu fassen. Das beweist
~~insbesondere auch~~ hat in Bayern eine schreckliche Tradition, vom Attentat auf das massive- Erstarren der Reichbürgerszene in Bayern. Die-
~~demokratische Mehrheit muss~~ Münchner Oktoberfest bis zu den Morden des NSU. Bayern hat spätestens seit den Achtzigerjahren eine erschreckende rechtsterroristische Kontinuität. Die Täter*innen werden durch ein gesellschaftliches Klima ermutigt, in dem Einhalt gebieten! der Wert von Menschenleben infrage gestellt wird. Der Weg zu Bluttaten beginnt mit Hetze im Alltag.

Zeile 93

Rechte Gruppen und Parteien versuchen, Ängste und Nöte der Menschen angesichts der Folgen neoliberaler Politik zu bedienen. Sie lenken ab von sozialen Kämpfen für bessere Löhne und Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und deuten sie in ethnische, religiöse und kulturelle Konflikte um, bekämpfen die Gleichberechtigung der Geschlechter und sexuelle Vielfalt. Und sie verbreiten antisemitische Verschwörungstheorien. Weil die Verfassungsschutzbehörde dem Schutz von Informanten*innen Vorrang einräumt, behindert sie immer wieder polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung – und baut extrem rechte Strukturen sogar mit auf. Aufklärung und Widerstand gegen rechts wird von anderen geleistet: Meist sind es ehrenamtlich organisierte Projekte der Zivilgesellschaft und Antifa-Initiativen, die Aufklärungsarbeit betreiben, Solidarität praktisch erlebbar machen und dahin gehen, wo es weh tut. Dafür werden sie von Konservativen als »Nestbeschmutzer« beschimpft, ihnen werden öffentliche Gelder entzogen und sie werden als »Linksextremisten« kriminalisiert. Die AfD versucht, missliebige Vereine und Akteure der Zivilgesellschaft bis hin zu Landeszentralen für politische Bildung zu diskreditieren. Konservative fordern, Grundrechte einzuschränken, und (noch) mehr Befugnisse für die Sicherheitsbehörden. Offensichtlich gibt es dort aber kein Defizit an Informationen, Ausrüstung und Befugnissen – wohl aber ein Haltungsproblem.

Zeile 94 - 95

- ~~Antifaschismus ist für uns das Versprechen der unangetasteten Gleichwertigkeit sowie der Freiheit aller Menschen.~~
- die AfD auf der Straße und in den Parlamenten zu stoppen.
- Politik muss Ursachen bekämpfen und aufklären
- soziale Sicherheit schaffen statt Ängste zu schüren
- Armut und Niedriglöhne überwinden,
- die extreme Rechte zurückdrängen,
- die Demokratisierung der Gesellschaft vorantreiben,
- soziale Sicherheit schaffen und
- die antifaschistischen Grundwerte mit allen demokratischen Mitteln verteidigen.
- Mobile Beratungsprojekte gegen Rechtsextremismus ins Leben zurufen
- Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse sowie Antifa-Initiativen zu stärken und langfristig finanziell zu unterstützen. Dabei keinen Kooperationszwang mit Polizei und dem Verfassungsschutz geben.

Zeile 96 - 97

- ~~Es gilt alle Ideologien, Bewegungen, Parteien und Zustände, die dies infrage stellen, abzuwehren.~~
- Verfassungsschutz durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzen! Die Verfassungsschutzbehörde ist ein Inlandsgeheimdienst. Er ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Er muss durch eine unabhängige »Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« ersetzt werden. Sie soll Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, religiösen Fundamentalismus, Antifeminismus, die Hetze gegen nichtbinäre, nicht-heterosexuelle Menschen, gegen Obdachlose und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beobachten und darüber aufklären. Als erster Schritt muss das V-Leute-System des bayerischen Verfassungsschutzes und seine Verstrickungen mit der extremen Rechten aufgedeckt und beendet werden.

Zeile 98 - 101

- ~~Für alle Menschen, gleich welche Herkunft und gleich welcher tatsächlichen oder zugeschriebenen sozialen Identität, wollen wir gleiche politische und soziale Rechte sowie den gleichen Schutz vor staatlicher, wirtschaftlicher oder~~

vorurteilgeleiteter Diskriminierung erreichen.

- Den Rechten den sozialen Nährboden entziehen! Rechte Politik macht sich vereinfachte, unterkomplexe Erklärungen und Fake News, also Lügen, zu Nutze, um in der Bevölkerung Angst und Hass auf Minderheiten zu schüren, Feindbilder zu schaffen und ihren Anhängern das Gefühl zu geben, einer (besonderen) Gruppe anzugehören. Die Zustimmung zu rechter Politik baut auf Rassismus und der Erfahrung auf, dass Interessen nur gegen andere durchgesetzt werden können. Dass die Regierung den rechten Forderungen bei Flucht und Asylrecht nachgegeben hat, hat die extreme Rechte stärker gemacht, nicht schwächer. Dagegen braucht es eine soziale Politik für alle Menschen. Mit gleichen Rechten für alle und massiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die eine Gesellschaft zusammenhält – bezahlbarer Wohnraum, kostenfreier ÖPNV, gute Gesundheitsversorgung, Arbeit und Bildung.

Zeile 102

- Entwaffnung der extremen Rechten und Ermittlungsschwerpunkte für rechten Terror! Ermittlungsschwerpunkte beim Landeskriminalamt und einer Schwerpunktstaatsanwalt müssen die Vernetzung der militanten Naziszene, insbesondere entsprechende Netzwerke bei der Polizei stärker in den Blick nehmen. Sie dürfen Fälle rechter Gewalt nicht mehr als Einzelfälle verharmlosen. Reichsbürgern und Neonazis muss endlich die waffenrechtliche Erlaubnis entzogen werden.

Zeile 103 - 105

~~Es ist die Verantwortung aller demokratischen Kräfte, Menschlichkeit, Antisemitismus, Sexismus und Rassismus offensiv entgegenzutreten. Die Verteidigung einer antifaschistischen und offenen Gesellschaft ist das Fundament unseres Zusammenlebens.~~

- Es ist die Verantwortung aller demokratischen Kräfte, Menschlichkeit, Antisemitismus, Sexismus und Rassismus offensiv entgegenzutreten. Die Verteidigung einer antifaschistischen und offenen Gesellschaft ist das Fundament unseres Zusammenlebens.

Zeile 106 - 109

~~Mehr als 200 Todesopfer rechter Gewalt sind seit 1990 in Deutschland zu beklagen: NSU, die Anschläge in Kassel, Halle, Hanau, eskalierender Rassismus, zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf Black and People of Colour, Jüdinnen und Juden, Muslime und Muslima, Geflüchtete, Linke, LGBTIQ*, Feministinnen.~~

- Mehr als 200 Todesopfer rechter Gewalt sind seit 1990 in Deutschland zu beklagen: NSU, die Anschläge in Kassel, Halle, Hanau, eskalierender Rassismus, zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf Black and People of Colour, Jüdinnen und Juden, MuslWir wollen ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt, um der auf Vertreibung gerichteten Intention der Täter*innen entgegenzutreten, und verurteilen die Angriffe auf Moscheen, Synagogen sowie andere sakrale oder symbolische Orte. Auch linke Menschen und Strukturen geraten immer wieder in den Fokus rechter Angriffe. Wir stehen zusammen und sind solidarisch mit Opfern rechter Gewalt und ihren Angehörigen. Sie müssen besser und langfristig unterstützt werden.ime und Muslima, Geflüchtete, Linke, LGBTiQ*, Feministinnen.

Zeile 110 - 112

~~Rechte Hetze auf den Straßen, in den Parlamenten und im digitalen Raum machen deutlich: ein moderner Antifaschismus, der antidemokratische Tendenzen konsequent erkennt, benennt und bekämpft, war noch nie so notwendig wie heute.~~

- Demokratisierung der Sicherheitsbehörden!
Es braucht eine wissenschaftliche Untersuchung extrem rechter Einstellungen und rassistischer Praktiken bei der bayerischen Polizei. Gegen Rassismus und Korpsgeist bei der Polizei sind eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle auf Landesebene, eine Kennzeichnungspflicht, eine Überarbeitung der Ausbildung sowie Seite 3 von 9 Rotationsmodelle für geschlossene Einheiten nötig. Rassistische, antisemitische, homo- und transfeindliche, sowie sexistische Ansichten müssen auch in den Behörden aktiv bekämpft werden.

Zeile 113 - 116

~~Gesellschaftliche Umsturzphantasien, massiv steigende, oft antisemitisch besetzte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Überfälle auf Menschen, die zu den Feindbildern von Nazis gehören: Dies alles zeigt, wie notwendig umfassende Maßnahmen sind, um die Demokratie zu schützen und zu stärken!~~

- Wir fordern die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zum Rechtsterrorismus konsequent umzusetzen und die Aufklärung fortzusetzen und die lange Geschichte rechtsterroristischer Strukturen in Bayern sowie die Verantwortung staatlicher Stellen aufzuarbeiten. Alle NSU-Akten müssen endlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden

Zeile 117 - 120

~~Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst verschieden~~

~~sein können. Zivilgesellschaftlicher Protest gegen rassistische Demonstrationen und sonstige rechte Aktivitäten dürfen nicht durch polizeiliche oder sonstige staatliche Maßnahmen behindert oder verhindert werden.~~

- Wir werden die parlamentarische Aufklärung des Rechtsterrors im Landtag vorantreiben, Druck machen für die Freigabe der Akten der Geheimdienste u. a. zum Oktoberfest-Attentat und zum NSU-Komplex und unabhängige Recherche weiterhin nach Kräften unterstützen. Wir fordern das Verbot militanter, bewaffneter, neonazistischer Organisationen.

Zeile 0 - 121

Erinnerungskultur

- Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein, um das Gedenken an die Opfer von damals und heute zu bewahren. Der 8. Mai soll als Tag der Befreiung vom Faschismus endlich in Bayern ein Feiertag werden.

Zeile 122 - 127

~~Wir werden Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und uns für deren Finanzierung einsetzen. Dies gilt umso mehr, als dass es immer weniger Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gibt und die Herausforderung für unsere Gesellschaft ist, die Erinnerung zu bewahren und die Verantwortung aus dem Schwur von Buchenwald weiterzutragen. Dabei sind Gedenkstätten entscheidende Wissensvermittler, denen dafür alle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden muss.~~

- Die politische Bildung an den Schulen sowie kritische Sozialwissenschaften an den Hochschulen wollen wir stärken. Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an jüdischen Menschen und an Sinti*zze und Rom*nja wegen der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs und der Verbrechen an den Völkern Europas – besonders an Polen und den Völkern der Sowjetunion – an politisch Andersdenkenden, behinderten Menschen und Homosexuellen – eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem und anderem Rassismus und Sexismus entgegenreten.

Zeile 128 - 130

~~**– Wir setzen uns dafür ein, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären. Unser Ziel ist es, den Tag der Befreiung vom Faschismus bundesweit als Feiertag zu**~~

begehen-

- Die Rechte von Minderheiten stärken

Wir fordern landespolitische Grundsätze zur Wahrung und Weiterentwicklung der Identität, Sprache und Kultur der ethnischen Minderheiten sowie Minderheitenschutz in den Bildungseinrichtungen.

Zeile 131 - 133

~~**-Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um gegen rechte, rassistische, antisemitische und diskriminierende Aktivitäten und Äußerungen von Bediensteten im Staatsdienst vorzugehen.**~~

- Wir stehen dafür, Institutionen und Projekte zu Erhalt, Pflege und Entwicklung der Minderheitensprachen und -kulturen finanziell gemäß den gewachsenen Aufgaben auszustatten.

Zeile 134 - 139

~~Wir wollen die Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus weiter ausbauen, insbesondere durch verstärkte Fortbildungsangebote für Schulen und im Bereich der Erwachsenenbildung. Mit intensiveren Antiradikalisierungsmaßnahmen für jene, die sich dem gewaltorientierten Islamismus zuwenden, einschließlich derer in Haftanstalten, wollen wir versuchen, der mörderischen Ideologie Anhängerinnen und Anhänger zu entziehen.~~

- Wir setzen uns dafür ein, die Sinti*zze und Rom*nja zu schützen und zu fördern. Wir setzen uns für die Fortsetzung der gesellschaftlichen Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte der Sinti*zze und Rom*nja während der NS-Zeit ein. Wir unterstützen Maßnahmen gegen Antiziganismus sowie zur Stärkung der Teilhabe von Sinti*zze und Rom*nja und wollen den gesellschaftlichen Beitrag der Minderheit in Bayern umfassender vermitteln, um der strukturellen Ungleichheit und der tief sitzenden Ablehnung gegenüber der Minderheit entgegenzuwirken.

Zeile 140

- Wir werden Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und uns für deren Finanzierung einsetzen. Dies gilt umso mehr, als dass es immer weniger Zeitzeug*innen gibt und die Herausforderung für unsere Gesellschaft ist, die Erinnerung zu bewahren und die Verantwortung aus dem Schwur von Buchenwald weiterzutragen. Dabei sind Gedenkstätten entscheidende Wissensvermittler, denen dafür alle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden muss.

Zeile 141

Landesantidiskriminierungsgesetz Sicherheit für alle statt Überwachungsstaat. Weg mit dem PAG.

Zeile 142 - 144

~~–Wir fordern ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das die Lücken des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließt und insbesondere bestehende Diskriminierung durch hoheitliches Handeln beseitigt.–~~

Der bayerische Innenminister fordert bei jeder Gelegenheit Gesetzesverschärfungen und die Einschränkung von Grundrechten. Gegipfelt sind diese Einschränkung durch die Novellierung des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes. Diese Sicherheitspolitik verwaltet die Probleme, anstatt sie zu lösen. Genutzt hat das vor allem dem Machtstreben der Konservativen und den Profiten der Sicherheitsbranche. Die herrschende Sicherheitspolitik ist ungerecht. Sie trifft Menschen mit wenig Geld und ohne Lobby härter. Ersatzfreiheitsstrafen für kleine Delikte wie Fahren ohne Fahrschein bringen jedes Jahr Tausende Menschen ins Gefängnis. Kontrollen von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung werden hingegen heruntergefahren – die Großen lässt man laufen. Spaltung und Aggression werden verstärkt.. Mehr Sicherheit gibt es nicht durch die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten, sondern durch Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt. Der Vollzug bestehenden Rechts und die Abwendung von Gefahren müssen ebenso gewährleistet sein wie der Schutz der Freiheits- und Bürgerrechte – für alle! Wir wollen deshalb einen Politikwechsel – weg von der einseitigen Fokussierung auf repressive Maßnahmen und Symbolpolitik hin zum umfassenden Ansatz einer demokratischen Sicherheitspolitik, die Grundrechte schützt, Prävention stärkt, soziale Sicherheiten ausbaut, in das Öffentliche investiert und die Sicherheitsbehörden demokratisiert. Wir wollen staatliche Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung zurückdrängen und durch zivilgesellschaftliche Prävention und Kooperation ersetzen.

Zeile 145 - 146

~~–Wir fordern eine kontinuierliche und gesicherte Förderung von Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit sowie die Unterstützung von Freiräumen.–~~

- Grundrechte umfassend durchsetzen! Es braucht ein wirksames Antidiskriminierungsrecht, das sich am Berliner Antidiskriminierungsgesetz orientiert. Wir stellen uns gegen rechte Kampagnen, die Minderheiten zu kriminalisieren versuchen und soziale Probleme in ethnische bzw. kulturelle

Konflikte umdeuten wollen.

Zeile 147

- Mehr Sicherheit durch mehr Beteiligung! Wir wollen eine Sicherheitspolitik, die keine autoritäre Schlagseite hat, sondern alle Betroffenen miteinbezieht. Im Pandemiefall braucht es in Zukunft etwa Pandemie- und Gesundheitsräte, die bundesweit und kommunal die Zivilgesellschaft in all ihrer Vielfalt in Umsetzung und Konzeption von Infektionsschutzmaßnahmen einbeziehen.

Zeile 148 - 159

~~Wir wollen Jugendliche und junge Erwachsene präventiv gegen menschenverachtende Ideologie stärken. Die Auseinandersetzung mit diskriminierenden Positionen soll von der Schule bis zur Erwachsenenbildung ausgebaut und gefördert werden. Weiter sollen ein Verbandsklagerecht, verlängerte Klagefristen und mindestens die Beweislast erleichterung für die von Diskriminierung Betroffenen enthalten sein. Wir fordern, dass Antirassismusbeauftragte als Ansprechpersonen für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung und für öffentliche Einrichtungen einsetzen. Beratungs- und Weiterbildungsangebote gegen Hass-Sprache, Desinformation und Verschwörungsideologien in sozialen Netzwerken für Schulen, in der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung, weil soziale Medien als Verstärker von rassistischen, neonazistischen, islamfeindlichen, antisemitischen und auch islamistischen Ideologien dienen.~~

- Die Verhältnismäßigkeit wahren! Bagatelldelikte wie »Fahren ohne Fahrschein« und »Containern« sowie opferlose Vergehen wie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz oder »illegale Einreise« müssen endlich entkriminalisiert werden. Ersatzfreiheitsstrafen für Geldstrafen sind sozial ungerecht, sie gehören abgeschafft!

Zeile 0 - 160

Direkte Demokratie

- Rechtsstaat stärken! Geheimdienste sind Fremdkörper in der Demokratie. Durch ihre Intransparenz und den Vorrang des Informant*innen-Schutzes behindern sie polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung. Dabei ist Abwehr von Gefahren Aufgabe einer demokratisch kontrollierten Polizei. Deshalb wollen wir den Verfassungsschutz abschaffen und ihn durch eine Beobachtungsstelle »Autoritarismus und gruppenbezogene

Menschenfeindlichkeit« ersetzen. Als Erstes muss der Einsatz von V-Leuten beendet werden

Zeile 161 - 162

~~Wir werden die Diskussion um die Möglichkeiten der Demokratieentwicklung in Bayern parlamentarisch und außerparlamentarisch vorantreiben.~~

- Datenschutz wirksam machen! Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Onlinedurchsuchungen (»Staatstrojaner«), nichtindividualisierte Funkzellenabfrage, allgegenwärtige Videoüberwachung, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung.

Zeile 163

~~-Wir unterstützen die Forderung der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.~~

- Sicherheit ist eine öffentliche Aufgabe! Die Privatisierung von Sicherheit durch private Sicherheitsdienste, »Schwarze Sheriffs« usw. wollen wir verhindern bzw. rückgängig Seite 5 von 9 machen. Es ist schon schwierig genug, staatliche Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten Diensten ist das unmöglich.

Zeile 164 - 168

~~Um die direkte Demokratie weiterzuentwickeln, muss die Begrenzung des Haushaltsvorbehalts bei Volksbegehren aufgehoben werden. Wer die direkte Demokratie in Bayern voranbringen will, muss die Zulässigkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden erweitern und darf diese nicht auf in „kostenfreie“ Gesetze begrenzen.~~

- Gewalt stoppen – Opfer schützen! Um die Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen braucht es endlich eine Vollfinanzierung von Frauenberatungsstellen und - notrufen, ausreichend Frauenhausplätze und Präventionsprogramme für gewalttätige Männer

Zeile 169 - 173

~~Die Erfahrungen aus der Corona Pandemie zeigen, dass die Stärkung benachteiligungs- und barrierefreie Beteiligung – und Mitbestimmungsmöglichkeiten durch die Anwendung moderner und nutzerfreundlicher elektronischer Formen (E-Democracy) dringend ausgebaut werden muss. Hier sind nicht nur die Verwaltungen auf Landesebene und in den Kommunen gefordert, sondern auch Schulen und Rundfunkanstalten.~~

- Waffenbesitz erschweren! Waffen- und Munitionsbesitz sollen strenger reglementiert werden.
Gewalttäter*innen müssen konsequent mit einem Waffenverbot belegt werden.

Zeile 0 - 174

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern

- Für eingriffsintensive Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen, Leibesvisitationen, Telekommunikationsüberwachung u. ä. wollen wir eine Entschädigung, wenn sie sich im Nachhinein als rechtswidrig oder missbräuchlich herausstellen.

Zeile 0 - 184

Polizei im Rechtsstaat

~~Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die Entwicklung ländlich geprägter Regionen und die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen liegt uns besonders am Herzen. Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern ist dies eine besondere Herausforderung. Bayern hat den Grundsatz der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ (Art. 3 der Bayerischen Verfassung) bis heute nicht annähernd umgesetzt. Die einzelnen Regionen Bayerns zeigen ein deutliches Auseinanderklaffen hinsichtlich der Lebensverhältnisse. Hierzu soll zunächst der Schlussbericht der Enquetekommission aus der 17. Legislaturperiode evaluiert werden und,~~
Die Arbeitsbedingungen für viele Polizist*innen sind von Belastungen und Überstunden geprägt. Das wollen wir ändern und Arbeitsbedingungen verbessern. Im Rechtsstaat muss die Polizei zur Abwehr konkreter Gefahren und zur Straftatenbekämpfung unter
~~Einbeziehung außerparlamentarischen Sachverständs, konkrete Maßnahmen entwickelt werden, um tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen.~~
striker Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes beschränkt sein.

Zeile 0 - 185

Abschaffung des Verfassungsschutzes

Die dokumentierten Fälle von Diskriminierung durch die Polizei haben sich 2019 verdoppelt – eine strafrechtliche Verfolgung findet kaum statt. Übergriffe werden selten angezeigt und noch seltener angeklagt. Vielfach werden Einsatzstrategien angewandt, die einer Demokratie widersprechen. So entsteht eine Polizeikultur, die missbräuchliche Gewaltanwendung zulässt und befördert. Hier braucht es ein Umsteuern!

Die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols muss besser kontrolliert werden. Gerade für die vielen Polizist*innen, die rechtsstaatlich handeln und sich dem Schutz aller Menschen verpflichtet fühlen, müssen die Strukturen so verändert werden, dass alle diesem Anspruch gerecht werden. Weniger Übergriffe sind nur durch einen Wandel des polizeilichen Selbstverständnisses, von Einsatzformen und Polizeikultur zu erreichen. Neben einer Aufgabenstraffung braucht die Polizei deshalb ein modernes, menschenrechtsorientiertes Leitbild, das auf der Grundlage von Verhältnismäßigkeit, Deeskalation und demokratischer Kontrolle aufbaut. Eine bürgernahe Polizei muss die Rechte von Migrant*innen und Demonstrant*innen genauso schützen wie für die Menschen erreichbar und ansprechbar sein. DIE LINKE steht an der Seite von allen, die sich gegen Polizeigewalt und Rassismus einsetzen und für den Ausbau von Grundrechten und Demokratie eintreten. Die Bewegungen gegen Polizeigewalt und Polizeigesetzverschärfungen, Black Lives Matter sowie die migrantischen Initiativen und Verbände sind unsere Verbündeten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Polizeibefugnisse zurückzunehmen die insbesondere durch das Polizeiaufgabengesetz erweitert worden sind.

Zeile 186 - 191

~~Bis heute hat das Landesamt für Verfassungsschutz nicht bewiesen, dass es als nachrichtendienstliche Behörde ein geeignetes Frühwarnsystem vor Gefahren für Demokratie und eine freie Gesellschaft ist. Ein Beitrag zum Schutz demokratischer Rechte und eine Gefahren Abwehr für die Demokratie ist nicht feststellbar. Das Landesamt für Verfassungsschutz entzieht sich sowohl der parlamentarischen als auch der öffentlichen Kontrolle.~~

- Gute Arbeitsbedingungen! Polizist*innen brauchen eine gute und moderne Ausbildung. Zudem benötigen wir eine moderne Personalmitbestimmung für die Polizei.

Zeile 192 - 194

~~Wir halten die wiederholt behauptete gesellschaftliche und sicherheitspolitische Notwendigkeit eines als Nachrichtendienst organisierten Amtes für Verfassungsschutz für nicht begründet und sind weiterhin der Auffassung:~~

- Einrichtung von unabhängigen Beschwerde- und Ermittlungsstellen gegen Polizeigewalt und Diskriminierung durch Polizeibeamt*innen! Wirksame Kontrolle kann nur durch eine unabhängige Instanz erfolgen. Sie erfordert einen kritischen Blick, institutionelle Unabhängigkeit von Polizei und Innenverwaltung sowie eine hinreichende Ausstattung mit Befugnissen und Ressourcen.

Zeile 195

- Vielfalt leben! Die Zusammensetzung der Polizei muss die Bevölkerung widerspiegeln. Mittel dafür können anonymisierte Bewerbungsverfahren oder Quoten sein.

Zeile 196

Das Amt für Verfassungsschutz ist abzuschaffen!

- Sicherheit durch Nachvollziehbarkeit! Zur Aufklärung und Vermeidung von Übergriffen sollen Einsatzprotokolle und Polizeivideos bei Treuhandstellen aufbewahrt werden.

Zeile 0 - 197

Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz

- Transparenz jetzt! Eine individuelle Kennzeichnungspflicht der Einsatzkräfte muss sofort eingeführt werden. Es muss selbstverständlich werden, dass Polizeibeamt*innen den Bürger*innen individuell erkennbar gegenüberreten

Zeile 198

- Rechtsstaatliche Begrenzung von Befugnissen! Die Polizeigesetze der letzten Jahre haben die Grenzen aufgeweicht. Die Strafverschärfungen für Widerstandsdelikte wollen wir rückgängig machen.

Zeile 199 - 200

~~Transparenz und Zugang zu Informationen sind notwendige Voraussetzungen für die Meinungs- und Willensbildung der Bürger:innen.~~

- Probleme angehen! In der Polizei muss ein humanistisches Menschenbild gestärkt und menschenfeindlichen Einstellungen entgegengewirkt werden. Diese müssen mithilfe von unabhängigen Studien festgestellt, eingestanden, bewusst gemacht und bekämpft werden.

Zeile 201 - 204

~~Es fehlt im Freistaat aber ein allgemeines Gesetz, das die Behörden zur Veröffentlichung amtlicher Informationen verpflichtet und den Bürger:innen ohne Voraussetzungen Ansprüche auf Zugang zu Informationen bei den Behörden des Staates und der Kommunen im Freistaat gewährt.~~

- Klarheit schaffen! Es braucht klare Regeln, um Racial Profiling zu verhindern:
Verdachtsunabhängige Kontrollen auf der Basis von Gummiparagrafen wie im
Polizeiaufgabengesetz müssen gestrichen werden.

Zeile 205

- Keine Toleranz für Intoleranz im Staatsdienst! Polizist*innen und Beamt*innen, denen
rassistisches, sexistisches oder homofeindliches Verhalten nachgewiesen wird, müssen
konsequent disziplinarisch verfolgt werden, gegebenenfalls bis zur Entlassung aus dem Dienst.

Zeile 206

~~**Wir fordern ein Informations- und Transparenzgesetz**~~

- Deeskalation statt Aufrüstung! Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmende Ausstattung mit
Maschinenpistolen und »weniger tödlichen Waffen« wie zum Beispiel Taser, den Einsatz von
Gummigeschossen oder bewaffnetem SEK gegen Demonstrationen lehnen wir ab. Den Einsatz
von Pfefferspray durch die Polizei wollen wir massiv einschränken; im Zusammenhang mit
Versammlungen, Ansammlungen im öffentlichen Raum und Veranstaltungen soll er verboten
werden.

Zeile 207

- Die Ausbildung muss sich ändern! Die Polizeiausbildung des gehobenen Dienstes sollte
überwiegend in den allgemeinen Hochschulen erfolgen. Es braucht mehr kritische
Polizeiforschung und -lehre sowie eine fortdauernde Evaluation polizeilichen Handelns.

Zeile 208 - 209

~~Entsprechende Gesetze existieren im Bund und in den meisten Bundesländern. Eine
moderne Demokratie schafft Transparenz und freien Zugang zu Informationen.~~

- Unterstützung geben! Es braucht verbindliche Unterstützungsangebote wie Supervisionen,
Fortbildungen zu Vielfalt und diskriminierungsfreiem Verhalten sowie psychologische
Betreuung. Ziel ist es, Beamt*innen bei der Bewältigung ihrer Erfahrungen zu unterstützen und
die Verfestigung diskriminierender Einstellungen zu verhindern.

Zeile 0 - 210

Kommunen stärken

- Bürgernähe statt Kasernierung!

Beamt*innen in geschlossenen Einheiten sollen rotieren, um die Herausbildung von Korpsgeist zu erschweren. Insgesamt wollen wir deutlich weniger geschlossene Einheiten und stattdessen eine bürgernahe Polizei.

Zeile 0 - 212

Die Demokratie demokratisieren!

~~Entscheidend für eine erfolgreiche Strukturpolitik~~ Demokratie ist eine bessere finanzielle Ausstattung mehr, als alle fünf Jahre seine Stimme abzugeben. Dafür müssen auf allen Ebenen und in allen Bereichen – von der Kommunen europäischen, internationalen wie kommunalen Ebene bis hin zum Betrieb, zur Wirtschaft – mehr Mitbestimmung und Beteiligung geschaffen werden. Deshalb fordert DIE LINKE seit Jahren, dass Volksbegehren von Einschränkungen befreit werden müssen.

Zeile 213 - 214

~~Eigene Steuerquellen, insbesondere Gewerbe- und Grundsteuer, sind von zentraler Bedeutung.~~

- Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird wie alle öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP). Bis das durchgesetzt ist, müssen alle Privatisierungsvorhaben den Bürger*innen zur direkten Abstimmung per Volksentscheid vorgelegt werden.

Zeile 215

- Demokratie braucht Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und die Freiheit der Bürger*innen von staatlicher Ausspähung.

Zeile 216 - 218

- ~~Wir fordern wir, mehr Landesmittel für den kommunalen Finanzausgleich, damit die kommunale Selbstverwaltung auch in wirtschaftsschwächeren Regionen handlungsfähig bleibt.~~
- Wir wollen die Möglichkeit von Volksbegehren ausweiten. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die Einführung von Referenden ein, d. h., die Bürger*innen können gegen parlamentarische Entscheidungen ein Veto einlegen.

Zeile 219

- Wir wollen verbindliche Bürger*innenforen einrichten. Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren müssen so angelegt werden, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu informieren, zu überprüfen, ob ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu beteiligen. Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens zu Lasten von Bürger*innenbeteiligung lehnen wir ab.

Zeile 220 - 224

~~Für strukturell abgehängte Regionen sind zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um Ansiedelung neuer Wirtschaftsbereiche mit Arbeitsplätzen und Wertschöpfung voranzutreiben. Die Energiewende mit den Möglichkeiten von Energiegenossenschaften bietet sich hier als eine besonders zu fördernde Möglichkeit an, die eine regionale Energieversorgung in Bürger:innenhand ermöglicht.~~

- Das von der Zivilgesellschaft entwickelte Instrument der Bürger*innenräte, wonach zufällig geloste Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Lösungen und Fragestellungen entwerfen, wollen wir unterstützen und fördern
- Das Petitionsrecht wollen wir als Bürgerrecht weiter ausbauen.

Zeile 225 - 226

~~Der Freistaat kaschiert diese systematische Unterfinanzierung der kommunalen Ebene durch ein kompliziertes System des „kommunalen Finanzausgleichs“. Wir fordern:~~

- Die Oppositionsrechte im Bayerischen Landtag und in den Kommunalparlamenten wollen wir stärken. Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein.
- DIE LINKE. setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf Landes- und Kommunalebene auf 16 Jahre ein. Das schließt das Wahlrecht für langfristig hier lebende Migrant*innen ein.

Zeile 227 - 228

~~Die kommunalen Steuereinnahmen müssen auf eine auskömmliche und verlässliche Höhe angehoben werden!~~

- Jugendpolitik auf Augenhöhe. DIE LINKE bekennt sich zu einer Politik, die alle Generationen respektvoll einbezieht und sich für die Rechte von Rentner*innen genauso einsetzt wie für Kinder und Jugendliche. Junge Menschen sollen selbstverantwortlich handelnde Bürger*innen werden.

Dafür wollen wir einen Paradigmenwechsel in der Jugendpolitik: weg von Fremdbestimmung und Restriktion, hin zu Selbstbestimmung und seriöser, wertneutraler Aufklärung auf Augenhöhe.

Zeile 0 - 230

~~Gute Arbeit und antidiskriminierende Strukturen – auch bei der Polizei~~

- Es fehlt im Freistaat ein allgemeines Gesetz, das die Behörden zur Veröffentlichung amtlicher Informationen verpflichtet und den Bürger*innen ohne Voraussetzungen Ansprüche auf Zugang zu Informationen bei den Behörden des Staates und der Kommunen im Freistaat gewährt. Deshalb setzen wir uns für ein Informations- und Transparenzgesetz ein.

Zeile 231

~~Gute Arbeitsbedingungen sind die Grundlage einer gut arbeitenden Polizei.~~

Starke Kommunen, gute Lebensqualität, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern

Vor Ort, in den Kommunen, entscheidet sich die Lebensqualität im Alltag. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die Entwicklung ländlich geprägter Regionen und die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen liegt uns besonders am Herzen. Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern ist dies eine besondere Herausforderung. Bayern hat den Grundsatz der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ (Art. 3 der Bayerischen Verfassung) bis heute nicht annähernd umgesetzt. Die einzelnen Regionen Bayerns zeigen ein deutliches Auseinanderklaffen hinsichtlich der Lebensverhältnisse.

Die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlicher Daseinsvorsorge hat den Alltag in vielen Kommunen und Nachbarschaften erschwert. Viele Kommunen in wirtschaftlich Seite 8 von 9 benachteiligten Teilen Bayerns sind überschuldet. Geld für Investitionen fehlt oft. Der Abstand zwischen armen und reichen Kommunen in Bayern wächst weiter. Die Schuldenbremse wirkt sich verheerend auf die Lebensqualität von Menschen mit geringerem Einkommen und auf die kommunale Demokratie aus. Wenn im Stadt- oder Gemeinderat bisweilen nur noch über die Verwaltung des Mangels und über vermeintliche Sachzwänge entschieden wird, wird die Demokratie in der Kommune erstickt.

Zeile 232 - 233

- ~~Wir fordern einer guten Ausbildung und einer kostenfreien Ausstattung der Polizei.~~
- Wir wollen die öffentlichen Dienstleitungen zurück in die öffentliche Hand holen und die eigenwirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen stärken. Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht auf den Markt geworfen werden!
- Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir in kommunalen Besitz zurückführen. Wir wollen dafür sorgen, dass das Land Bayern den Kommunen Mittel für die Rekommunalisierung von Wohnungen, Krankenhäusern, Wasser- und Energieversorgung zur Verfügung stellt. Das kann über einen Rekommunalisierungsfonds geschehen. Unterstützung und rechtliche Beratung können durch eine geeignete Beratungseinheiten organisiert werden, damit nicht in jeder Kommune das Rad neu erfunden werden muss.

Zeile 234 - 238

- ~~Wir fordern eine Kennzeichnungspflicht, dass diskriminierendes, rechtsextrems Verhalten bei der Polizei unverzüglich geahndet wird und regelmäßig von unabhängiger Seite untersucht wird, um künftig derartigem Fehlverhalten durch z.B. Abschaffung von Diskriminierung befördernden Strukturen entgegenwirken zu können.~~
- Vorhandene Einschränkungen bei der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen müssen abgebaut, interkommunale Zusammenarbeit muss zum Vorbild gemacht und im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge eine Präferenz zugunsten der öffentlichen Hand erreicht werden. Wir wollen Anreize für den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe.
- Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Bayerns und Kommunen zu schaffen, soll die Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände durch ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen auf Landesebene gesichert werden.

Zeile 239

- Verfestigte Kassenkredite der Kommunen müssen vom Land und perspektivisch unter Beteiligung des Bundes in einen Altschuldenfonds übernommen und mit von Bund und Land getilgt werden. Sie sind eine Möglichkeit, die kommunalen Pflichtaufgaben zu erfüllen.
- Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese müssen in vollem Umfang vom Bund getragen werden. Kosten, die von Bund oder Ländern verursacht werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).

Zeile 240 - 243

~~Die Bürgerinnen und Bürger sollen Vertrauen in die Polizei haben. Dies bedeutet, dass Polizistinnen und Polizisten demokratisch verlässlich sein müssen. Rassismus und menschenfeindliche Einstellungen sind ein gesamtgesellschaftliches Problem und machen auch vor der bayerischen Polizei nicht Halt~~

- DIE LINKE tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftsteuer ein. Verbunden mit der Umsetzung von Konnexität können die Kommunen wieder auf verlässliche finanzielle Füße kommen. Den Kommunen soll eine größere Freiheit bei der Erhebung von Abgaben und Steuern ermöglicht werden. Einschränkungen wie bei der Bettensteuer lehnen wir ab.
- Viele kommunale Aufgabenfelder sind inzwischen durch Gesetze und Verordnungen bis ins Detail »fremdbestimmt« und örtliche Gegebenheiten finden kaum Berücksichtigung. Das muss sich ändern. Die Selbstverwaltung muss gestärkt und der Spielraum der Kommunen bei Wirtschafts- und Bauangelegenheiten vergrößert werden.

Zeile 244 - 249

~~Prävention und Frühintervention im außerpolizeilichen sozialen Bereich sind für uns die beste Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung. Immer neuen Rechtsverschärfungen mit einem allein repressiven Ansatz – wie es durch die Staatsregierung in Bayern der Fall ist – setzen wir ein bürgernahes und freundliches Sicherheitskonzept entgegen, das die Sorgen und Nöte der Menschen in Bayern ernstnimmt und umfassend Hilfe und Unterstützung anbietet.~~

- Die Förderung des Ehrenamts muss gewährleistet werden, und deshalb dürfen kommunale Aufwandsentschädigungen nicht auf Leistungen des SGB II und des BAföG angerechnet werden.
- Laufende Landesprogramme für Kommunen müssen verstetigt, kombinierbar und dem Bedarf angepasst werden. Eine Vielzahl von Kommunen kann sich nicht einmal die im Verhältnis geringen Eigenanteile an Landesprogrammen leisten, um Fördermittel für nötige und allein kaum finanzierbare Investitionen zu bekommen. Deshalb müssen die Eigenanteile zumindest für Kommunen in schwieriger Haushaltslage abgeschafft werden.
- Die Demokratie in den Kommunalparlamenten wollen wir stärken, deshalb wollen wir die Aufgaben der Stadt- und Gemeinderäte erweitern und die Einflussnahme auf die jeweilige Verwaltung der Ober-, Bürgermeister*innen und Landrät*innen beschränken.

Begründung

Im ursprünglichen Kapitel haben aus unserer Sicht wesentliche Forderungen gefehlt. Beispiel hier unsere Position zum PAG. Der Punkt „Starke Kommunen“ ist im ursprünglichen Antrag zu kurz gekommen. Durch unseren Formulierungsvorschlag ist das Kapitel nun besser lesbar

Antrag L1-D-103-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Markus Heinlein (KV Würzburg Mainfranken)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 103 - 105

Es ist die Verantwortung aller demokratischen Kräfte, ~~Menschlichkeit~~, Antisemitismus, Sexismus und Rassismus offensiv entgegenzutreten. Die Verteidigung einer antifaschistischen und offenen Gesellschaft ist das Fundament unseres Zusammenlebens.

Begründung

Wir wollen ja wohl nicht der Menschlichkeit entgegentreten.

Antrag L1-D-196-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 196

Das Amt für Verfassungsschutz ist abzuschaffen, genau wie Radikalenerlass und Verfassungstreue-Bogen!

Begründung

Die aktuelle Praxis von Verfassungstreue-Abfragen im Zuge des Radikalenerlass wurde und wird

weiter gegen Linke eingesetzt. Wir wollen das beenden und halten das für eine logische Folgerung aus der Abschaffung des Verfassungsschutz an sich.

Antrag L1-D-239-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	LAG Netzpolitik
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 239

- Das Polizeiaufgabengesetz in der derzeitigen Form ist nicht reformfähig und muss durch ein allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz ersetzt werden.

Begründung

Das PAG wurde ursprünglichen Leitantrag nicht erwähnt. Selbst nach dem Ersetzungsantrag vom KV München fällt die Forderung nach einer Zurücknahme der Novellierung des PAG hinter die Forderungen vom LTW Programm 2018 zurück, in dem wir forderten das verfassungswidrige PAG grundsätzlich abzulehnen.

Antrag L1-D-456-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 456 - 460

~~Den größten Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen und Folgen der Krise in Bayern leisten Frauen. Sie sind überdurchschnittlich in den systemrelevanten Berufen beschäftigt und damit auch besonders gefordert. Sie Frauen sind diejenigen, die im familiären Bereich Ausnahmesituationen meistern. Die Doppelbelastung durch Erwerbs-~~

~~und Familienarbeit spitzt sich immer weiter~~, können sich davon allerdings nichts kaufen. Der Kapitalismus führte dazu, dass Frauen am Herd zurückblieben und bleiben, um Männer nach der Lohnarbeit zu ~~und überlastet Frauen~~ versorgen, damit diese am nächsten Tag wieder arbeiten konnten. Konservative Gesetzgebung wie die Herdprämie treibt diese ungerechten Verhältnisse auf die Spitze. Wenn Frauen sich ihren Platz im Arbeitsleben erkämpfen, leisten sie auch parallel zur Lohnarbeit weiterhin den größten Teil der Haus- und Sorgearbeit.

Zeile 461 - 464

~~Wir wollen, dass Frauen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben ohne Einschränkung gleichberechtigt teilhaben. Wir stehen für gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen und für die Abschaffung des Ehegatten-Splittings. Der Internationale Frauentag am 8. März soll Feiertag werden.~~

- Wir wollen, dass Frauen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben ohne Einschränkung gleichberechtigt teilhaben.
- Wir fordern den Ausbau von staatlichen Kita-Plätzen.
- Wir stehen für gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen und für die Abschaffung des Ehegatten-Splittings.
- Damit die Sorge- und Pflegearbeit gleichmäßig verteilt werden kann, brauchen wir eine Reduzierung des Normalarbeitsverhältnisses auf 35 Stunden.
- Der Internationale Frauentag am 8. März soll Feiertag werden.
- Frauen sind insbesondere von Altersarmut betroffen. Wir möchten alle Altersarmut abschaffen.
- Wir fordern eine Änderung des Gleichstellungsgesetz mit Ausbau verbindlicher Handlungsmöglichkeiten für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen, an den bayerischen Hochschulen und im Land.
- Geschlechterverhältnisse müssen bei Haushaltsentscheidungen und in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Wir erwarten von der nächsten Staatsregierung, sich auf Bundesebene für die Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für Entgeltgleichheit einzusetzen.
- Wir fordern die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch (StGB).
- Wir brauchen bessere finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen für Frauen.
- Flächendeckende frauenmedizinische Versorgung, die auch Möglichkeiten für

Schwangerschaftsabbrüche vorsieht. Wir fordern kostenlose Verhütung in jedem Lebensalter.

Zeile 465 - 472

~~Wir sind gegen Altersarmut, die insbesondere Frauen betrifft, für die gleichberechtigte Verteilung von familiärer Pflege und Sorgearbeit sowie für einen umfassenden Schutz von Frauen vor Gewalt. Wir fordern eine Änderung des Gleichstellungsgesetz mit Ausbau verbindlicher Handlungsmöglichkeiten für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen, an den bayerischen Hochschulen und im Land. Um die Gleichstellungsbeauftragten zu stärken, wird die personelle Ausstattung ausgebaut. Geschlechterverhältnisse müssen bei Haushaltsentscheidungen und in der Gesetzgebung berücksichtigt werden.—~~

Wir kämpfen für die Gleichstellung von Frauen auf allen Ebenen. Das funktioniert nur, wenn gleichermaßen zur gesellschaftlichen Wertschöpfung beitragen können wie Männer. Dafür muss einerseits (unbezahlte) weibliche Arbeit gesellschaftlich aufgewertet und andererseits weibliche Berufstätigkeit gefördert werden.

Eine Reduzierung des Normalarbeitsverhältnisses kommt der Geschlechtergerechtigkeit zu Gute; ist sogar die Voraussetzung dafür. Denn dadurch bleibt Männern und Frauen mehr Zeit für Familie und Freizeit, der Haushalt kann gleichmäßiger verteilt werden und Frauen können arbeiten gehen.

Aktuell sind vor allem Frauen wegen ihrer meisten lückenhaften Erwerbsbiographie von Altersarmut betroffen. Wir möchten alle Altersarmut abschaffen. Es braucht jetzt bessere Lösungen im Rentensystem für Verdienstauffälle aufgrund von Kinderbetreuung.

Eine Voraussetzung zum Arbeiten für Frauen mit Kindern ist außerdem der Ausbau von Kita-Plätzen. Flächendeckende Verfügbarkeit muss sicher gestellt werden. Die Arbeit von Frauen in „Männer-Branchen“ wie der Industrie muss aktiver und von klein auf gefördert werden. Dazu verdient gleiche und gleichwertige Arbeit selbstverständlich den gleichen Lohn, egal ob sie von Männern oder Frauen verrichtet wird. Mit diesen Maßnahmen wird Berufstätigkeit für Frauen möglich und attraktiv.

Zeile 473 - 478

~~Wir erwarten von einer künftigen Staatsregierung, dass sie sich auf der Bundesebene für die Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für die Entgeltgleichheit einsetzt. Wir fordern die ersatzlose Streichung des Paragraphen 219a und 218 Strafgesetzbuch (StGB). Bessere finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen für Frauen. Flächendeckende frauenmedizinische Versorgung, die auch Möglichkeiten für~~

~~Schwangerschaftsabbrüche vorsieht.~~

Gleichstellungsarbeit auf allen Ebenen muss weiter ausgebaut und mit realen Handlungsmöglichkeiten versehen werden. Um die Gleichstellungsbeauftragten zu stärken, wird die personelle Ausstattung ausgebaut.

Die gesundheitliche Versorgung von Frauen muss ausgebaut werden. Das betrifft auch und vor allem Schwangerschaftsabbrüche, die nicht länger kriminalisiert werden dürfen. Die Pille war eine große Errungenschaft für die Frau, ist aber nicht allen kostenlos zugänglich. Das muss sich ändern. Außerdem muss Forschung gefördert werden, die Verhütung bei Männern entwickelt, damit nicht allein Frauen die Risiken der Hormonveränderung tragen. Wir fordern den vollständig kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln in jedem Lebensalter.

Begründung

Wir haben das Frauenkapitel umstrukturiert, sodass es den gleichen Aufbau, wie die anderen Kapitel hat. Außerdem haben wir es um eine kurze Herleitung ergänzt, wieso die Situation der Frau aktuell so ist, wie sie ist. Das halten wir, zumindest im normalen Wahlprogramm für wichtig, um die systemischen Probleme herauszuarbeiten.

Ergänzt ist außerdem der freie Zugang zu Verhütungsmitteln in jedem Lebensalter als Forderung. Insgesamt ist das Kapitel so verständlicher aufgebaut und beinhaltet weiterhin die vorher schon genannten, richtigen Forderungen.

Antrag L1-D-478-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 487 - 491

- ~~• Der Schutz von Frauen und Kindern sowie besonders vulnerablen Betroffenen wie zum Beispiel Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund und Rassismuserfahrungen, ältere Menschen sowie Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans-, Inter- und queere Menschen (LSBTIQ) vor Gewalt muss mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention ausgebaut werden.~~

- **Der Schutz von Frauen und Kindern sowie besonders vulnerablen Betroffenen vor Gewalt muss mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention ausgebaut werden. Dafür braucht es mehr Stellen. Ein dem Bedarf entsprechender Ausbau der Plätze in Frauenhäusern und anderen Gewaltschutzeinrichtungen ist längst überfällig**
- **Hilfsangebote für betroffene Frauen und Mädchen müssen verstärkt öffentlich bekannt gemacht und deren ständige Erreichbarkeit muss gesichert werden.**
- **Frauen mit Behinderungen, Frauen mit Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in einer Schutzeinrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die Betreuungsstrukturen bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder Pflegediensten weiterentwickeln und mehr Stellen schaffen.**

Zeile 492 - 493

- **Wir setzen uns für die Entkriminalisierung von ~~Prostitution und~~ Sexarbeitenden , die Registrierung von Freiern und ein entschlossenes Vorgehen gegen Menschenhandel ein und fordern ~~die Einrichtung einer Fachberatungsstelle~~ staatliche Fachberatungsstellen sowie Ausstiegshilfe.**

Zeile 494 - 500

~~Ein dem Bedarf entsprechender Ausbau der Plätze in Frauenhäusern und anderen Gewaltschutzeinrichtungen ist längst überfällig. Hilfsangebote für betroffene Frauen und Mädchen müssen verstärkt öffentlich bekannt gemacht und deren ständige Erreichbarkeit muss gesichert werden. Frauen mit Behinderungen, Frauen mit Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in einer Schutzeinrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die Betreuungsstrukturen bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder Pflegediensten weiterentwickeln.~~

Begründung

Auch hier haben wir eine Umstrukturierung des Abschnittes vorgenommen. Die Forderungen stehen jetzt gesammelt in den Bullet-Points, nicht wie vorher gemischt in Text und Bullet-Points. Zusätzlich wurde die Forderung zu Prostitution leicht nachgeschärft, um unsere Stellung für die Rechte und Schutz vor Gewalt von Sexarbeitenden und gegen Freier klar zu stellen. Zusätzlich möchten wir Ausstiegshilfe fördern, damit Frauen, die in die Prostitution gezwungen werden, die Möglichkeit eines Ausstiegs bekommen.

Antrag L1-D-501-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Josephine Taucher (KV Erlangen-Höchstadt), Kathrin Flach Gomez (KV Nürnberg Stadt & Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 494 - 500

~~Ein dem Bedarf entsprechender Ausbau der Plätze in Frauenhäusern und anderen Gewaltschutzeinrichtungen ist längst überfällig. Hilfsangebote für betroffene Frauen und Mädchen müssen verstärkt öffentlich bekannt gemacht und deren ständige Erreichbarkeit muss gesichert werden. Frauen mit Behinderungen, Frauen mit Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in einer Schutz Einrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die Betreuungsstrukturen bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder Pflegediensten weiterentwickeln.~~

Ein dem Bedarf entsprechender Ausbau der Plätze in Frauenhäusern und anderen Gewaltschutzeinrichtungen ist längst überfällig. Hilfsangebote für betroffene Frauen und Mädchen müssen verstärkt öffentlich bekannt gemacht und deren ständige Erreichbarkeit muss gesichert werden. Frauen mit Behinderungen, Frauen mit Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in einer Schutz Einrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die Betreuungsstrukturen bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder Pflegediensten weiterentwickeln.

15a. Queerpolitik: Gleiche Rechte für alle Menschen

Als LINKE stellen wir uns gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Laut der polizeilichen Kriminalstatistik 2021 ist der Zuwachs an Gewalt gegen LSBTQIA+ (Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans Menschen, queere Menschen, intersexuelle Menschen, a-gender Menschen und weitere) enorm: mehr als 33% Zuwachs im Unterthemenfeld „sexuelle Orientierung“ und mehr als 50% Zuwachs bei „geschlechtliche Identität“. Das Problem ist neben zweifelhaften Mediendarstellung und den allgegenwärtigen patriarchalen Gesellschaftsstrukturen auch das politische Handeln der Staatsregierung.

- Wir wollen einen Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie.

- Es braucht die Förderung von Kinderwunschbehandlungen für alle Paare.
- Wir fordern Safespaces für queere Menschen, speziell sichere Unterbringung für queere Geflüchtete.
- Es braucht eine Reform der Amtlichen Schulverwaltungssoftware (ASV), um geschlechtliche Vielfalt abzubilden.

Wir unterstützen das Motto und die Forderung vieler bayerischer CSDs 2023: „Queerer Aktionsplan Bayern jetzt“. Bayern ist das einzige Bundesland, das keinen Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie besitzt. Ein Solcher Aktionsplan muss u.a. Wissensvermittlung zu queeren Themen beinhalten, konsequente Erfassung von queerfeindlicher Gewalt als solche und die Schaffung von queeren Einrichtungen und Unterstützungsstrukturen auch in den ländlichen Raum hinein. Diese Maßnahmen müssen aus öffentlichen Geldern ausfinanziert sein und können nicht nur auf dem Rücken von Ehrenamtlichen getragen werden.

Der Freistaat bietet über sein Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) einen Zuschuss zu Kinderwunschbehandlungen für Paare an. Bei diesem wurden nicht-cis-hetero Paare als „grundsätzlich nicht förderungsfähig“ abgelehnt. Grund für diese Förderrichtlinien sind dabei keine bundespolitischen Vorgaben, sondern sind selbst so gewählt um auszuschließen. Diese Art der staatlichen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und sexueller Orientierung ist so nicht haltbar und muss enden. Keinem Paar dürfen deswegen höhere Kosten zugemutet werden und Kinder so zum Luxus werden, den man sich leisten können muss. Leihmutterchaft wird von uns nicht unterstützt.

Zum Schutz vor Gewalt brauchen queere Menschen eigene Safespaces, ähnlich zu Frauenhäusern. Letztere sind meist schon überlastet und können daher keine weiteren Bedarfe auffangen. Zudem ist die Aufnahme von trans Frauen, nonbinären und intergeschlechtlichen Menschen häufig eine Grauzone für Frauenhäuser, die dann im Bedarfsfall zum Abweisungsgrund werden kann. Besonders kritisch ist die Lage von queeren Menschen in Ankerzentren. Diese können dort nicht ausreichend vor sexuellen und gewalttätigen Übergriffen geschützt werden. Wir fordern die dezentrale Unterbringung und die Bereitstellung von entsprechenden Anlaufstellen.

Die in Bayern verpflichtende Amtlichen Schulverwaltungssoftware (ASV) kennt nur die Geschlechter männlich und weiblich. Schüler*innen mit dem Eintrag divers oder ohne Eintrag können so nicht adäquat erfasst werden. Das ist insbesondere bei der Erstellung der Klassenlisten und Listen zum Schulsport via der Software problematisch. Außerdem kann kein vom Passnamen abweichender Eintrag gesetzt werden; es hängt also bis zu gerichtlichen Maßnahmen von der Empathie der Lehrkräfte ab ob der gewählte Name oder der Deadname verwendet wird. Wir fordern hier Nachbesserung der Software und Berücksichtigung der Selbstbezeichnung der Schüler*innen.

Begründung

Bayern ist ein besonders konservatives Bundesland und speziell durch die Politik der CSU sind die Rechte von queeren Menschen noch stärker eingeschränkt als anderswo. Daher ist es unsere Pflicht als LINKE dieses Thema zu behandeln und diese Lücke zu füllen. Ohne diese Einfügung ist das Thema nur durch eine Nennung erwähnt, was viel zu wenig ist in Anbetracht der Bedeutung dieses Themas, speziell in Bayern.

Andere Parteien, die sich progressiv nennen, wie die Grünen, haben dieses Thema auf jeden Fall behandelt, daher wäre es sehr unangenehm, gerade auch in Diskussionen zur Landtagswahl hier darauf verweisen zu müssen, dass unser Programm hier NICHTS bietet.

Antrag L1-D-519-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 519 - 520

- **DIE LINKE setzt sich ein für eine artgerechte ~~Tierhaltung~~ und ~~die Reduktion von Tierbeständen~~ flächengebundene Tierhaltung.**

Zeile 554

Große Tierfabriken lehnen wir ab. DIE LINKE setzt sich für eine Nutztierhaltung ein, die flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage bezogen und tierartgerecht ist. DIE LINKE setzt sich für eine Mindestfläche von zwei Großvieheinheiten pro Hektar ein. Dazu sind Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte einzuführen. Tierhaltung muss insgesamt also deutlich reduziert werden. Dabei braucht es Regeln, die dafür sorgen, dass Fleisch kein Luxusgut wird, dass vom Geldbeutel abhängt, sondern die dafür sorgen, dass alle Menschen sich gelegentlich Fleisch leisten können.

Zeile 563

Formen der Nutztierhaltung mit quälerischen Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika wollen wir verbieten. Der Einsatz von Antibiotika und Wachstumsmitteln

~~in der Tierzucht~~ in der Tierhaltung führt zu Resistenzen und damit zu gesundheitlichen Risiken und belastet die Umwelt. Daher muss der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft auf notwendige Behandlungen begrenzt werden, Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter bestraft werden.

Begründung

folgt mündlich

Antrag L1-D-524-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 524 - 526

- ~~Die öffentliche Verpflegung in Schulen und Kantinen muss schnellstmöglich vollständig ökologisch werden und hierfür ausreichend finanziell unterstützt werden.~~
- Wir fordern, dass die öffentliche Verpflegung in Schulen, Kantinen etc. bis 2030 vollständig bio-regional und kostenfrei wird, mit Abnahmegarantien für die Landwirtschaft.

Antrag L1-D-552-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 552

Zudem fordern wir ein Ende der Lebensmittelverschwendung entlang der Lieferkette. Jedes Jahr produzieren wir im Durchschnitt 160-180 kg pro Kopf an Lebensmittelabfällen. Eine krasse

Verschwendung bei steigendem Hunger in der Welt, der Flächenkonkurrenz und den Auswirkungen auf das Klima. Wir wollen Containern sofort entkriminalisieren, das Wegwerfen von verzehrbaren Lebensmitteln verbieten und eine Verpflichtung der kostenfreien Abgabe von genießbaren, aber unverkäuflichen Lebensmitteln an Einrichtungen.

Antrag L1-D-583-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 583

Bayern dagegen braucht eine eigene Förderpraxis für Forschung im Ökolandbau, insbesondere der Bereich der ökologischen Pflanzenzüchtung muss deutlich ausgebaut werden. Da die Agrarkonzerne mit nachhaltiger Landwirtschaft kaum Gewinne machen können, fehlt es an dieser Stelle massiv an Investitionen. Bayern als das Bundesland mit den meisten Bioflächen in Deutschland stünde es sehr gut zu Gesicht, diese Lücke wenigstens etwas zu füllen.

Antrag L1-D-593-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 593

Mittelfristig muss die gesamte Landwirtschaft ökologisch werden. Statt Profitmaximierung und „Wachse oder Weiche“ auf den Bauernhöfen fordert DIE LINKE einen klimafreundlichen und ökologischen Umbau der Landwirtschaft, der die bäuerliche und ländliche Struktur erhält und das Höfesterben beendet.

Antrag L1-D-603-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 603 - 607

~~Klar ist, die Tierhaltung muss deutlich reduziert werden. Nur so können die Tiere artgerecht genug Platz haben. Zudem lassen sich nur so die Treibhausgase aus der Tierhaltung ausreichend reduzieren. Dabei braucht es Regeln, die dafür sorgen, dass Fleisch kein Luxusgut wird, dass vom Geldbeutel abhängt, sondern die dafür sorgen, dass alle Menschen sich gelegentlich Fleisch leisten können.~~

Begründung

Doppelung zu 553 - 559

Antrag L1-D-608-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Martin Bauhof (KV Rosenheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 608

Auch die Forstwirtschaft wird von der Regierung sträflich vernachlässigt. Wir streben eine Wende hin zu einer dynamischen, naturgemäßen Waldbewirtschaftung von Mischwäldern an. Außerdem setzen wir uns für ein Ende der Hobby-Jagd ein.

Antrag L1-D-613-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
--------------------------	--

Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitansätze und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 613 - 616

~~Teilhabe an Kunst und Kultur muss für alle möglich sein, nicht nur für Privilegierte.~~
~~Ein einseitiges Kunst- und Kulturverständnis engt ein, sowohl in der Ausgestaltung~~
~~des Angebots als auch in den Teilhabemöglichkeiten.~~ Auch die bayerische Staatsregierung hat die
Pflicht, Kultur zu schützen und zu fördern. Wir wollen ~~Kunst und Kultur für~~
~~alle – vielfältig und zugänglich,~~ dass alle Bevölkerungsschichten und Bevölkerungsgruppen
barrierefreien Zugang zu Musik, Theater, Ausstellungen, Literatur und allen sonstigen
künstlerischen Angeboten haben. Kunst und Kultur muss für alle bezahlbar sein und von Anfang an
gefördert werden.

Begründung

Der Adressat/Verantwortliche – die Landesregierung – soll deutlich benannt werden. Mit dem vorgeschlagenen Ersatz-Text wird der Begriff »Kultur« konkretisiert. Auch nicht-Privilegierte nutzen Kunst und Kultur, deshalb die Streichung. Ein inklusives Angebot muss Bestandteil unserer Forderungen sein. Bereits an dieser Stelle müssen die Bezahlbarkeit und die Förderung stehen.

Antrag L1-D-623-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitansätze und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 624

Sammlungen an allen Öffnungstagen.

Begründung

Es gibt bereits Beispiele für kostenfreie oder reduzierte Eintrittspreise an Sonntagen. Das ist uns

zu selten.

Antrag L1-D-625-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 625 - 626

- ~~Für eine Änderung der~~ Wir fordern Lehrpläne, sodass in denen Kunst und Kultur an den Schulen
gleichberechtigt neben anderen Fächern stehen, muss gesorgt werden allen Schultypen ein
gleichberechtigtes Nebenfach ist.

Begründung

Grammatikalisch einfachere Formulierung.

Diese Forderung muss für alle Schultypen gelten.

Antrag L1-D-627-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 627 - 629

- Wir fordern ~~die Einführung eines Sozialtickets, das einen vergünstigten Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine Teilhabe am sozialen und~~ Bayern-Kultur-Pass. Inhaber dieses Kulturpasses zahlen für alle kulturellen
Leben erleichtert. Dieser Bayernpass sollte Menschen
Angebote maximal 5 Euro pro Veranstaltung. Für solche Tickets müssen alle

**Kulturinstitutionen ein Kontingent
von 10 Prozent der Eintrittskarten reservieren. Das Land erstattet den Veranstaltern die
Differenz zu den regulären Preisen. Der Bayern-Kultur-Pass wird Menschen**

Begründung

In unserem Programm soll eine konkrete und vorstellbare Forderung gestellt werden. Die Vergünstigung soll nicht zum Nachteil der veranstaltenden Gruppen/Institutionen werden.

Antrag L1-D-647-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 647 - 648

~~Ob in der Oper oder im Jugendclub, Clubs prägen die Kultur ist vielfältig, wird aber nur einseitig gefördert. Das muss sich ändern~~ und Lebensqualität in Städten und anderen Orten. Sie sind Räume kultureller Vielfalt und verdienen besonderen Schutz. Clubs sind Freiräume für Musik, Tanz und persönliche Entfaltung.

Begründung

Club-Publikum wird irritiert sein, wenn die Hochkultur-Institution Oper in diesem Kapitel als erstes genannt ist. Ein Antrag von Caren Ley im Bundestag vom 17.10.2019 fasst den Wert der Clubs als Einstiegstext passender.

Antrag L1-D-707-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Maximilian Arnold (KV Augsburg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 707 - 710

- ~~Von Bayern ausgehend stoßen wir Initiativen für europaweite Städte-Kommunikation zur Förderung von Solidarität und Verständnis an, sowie die Förderung des Programms „Mayors for peace“. Wir wollen mehr Städtepartnerschaften als Brücken des Friedens in alle Welt.~~

Begründung

Mayors for Peace ist leider dazu verkommen, dass sich CSU-Bürgermeister:innen dafür feiern, wie toll sie gegen irgendwas sind und vordergründig Sympathie abzugreifen. Die gehoffte Änderung des Bewusstseins blieb aus..

Antrag L1-D-711-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Maximilian Arnold (KV Augsburg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 711 - 715

- Wir wollen mittelfristig Sicherheitsbasen schaffen ~~eine Initiative der Landesregierung für die Schließung der US-Kasernen und Militärstützpunkte in Ansbach, Ansbach-Katterbach, Garmisch, Grafenwöhr, Hohenfels, Illesheim und Vilseck~~ sowie eine Stilllegung der ~~Truppenübungsplätze Grafenwöhr, Hohenfels und Wildflecken, die, von der NATO und der US-Army genutzt werden~~ denen aus verbündete Streitkräfte im Spannungsfall agieren können. Sobald es diese gibt, wollen wir US-Kasernen und Militärstützpunkte Stück für Stück zurückbauen.

Begründung

Diese Forderung ist aus der Zeit gefallen. Vor dem noch gefährlicheren Russland sind USA-Truppen zwischenzeitlich das geringere Übel.

Antrag L1-D-721-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Maximilian Arnold (KV Augsburg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 721

- **Wir stehen für die Beendigung von Rüstungsexporten aus Bayern.**
- **Wir fordern insbesondere, dass der Freistaat sicherstellt, dass eine Firma wie FinFisher, die illegal Überwachungssoftware in autoritäre Staaten exportiert, sich nicht mehr etablieren kann.**

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L1-D-722-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Nicole Gohlke (KV München), Marina Dietweger (KV München), Christian Schwarzenberger (KV München), Andrei Yagoubov (KV München), Katharina Horn (KV München), Tino Andreas Wagner (KV München), Karl Ischinger (KV München), Theo Glauch (KV München), Wolfgang Schulz (KV München), Daniel Maugg (KV München), Antje Stiel (KV München), und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 722 - 724

- **~~Die Abschaffung des sogenannten „Celler Trialogs“, an dem Politik, Wirtschaft~~
An der Münchner „Sicherheits“-Konferenz kritisieren wir den undemokratischen Charakter, die enge Verquickung mit den Interessen der Rüstungsindustrie, die enormen staatlichen Kosten zur Durchführung der Konferenz sowie den Bundeswehr-Einsatz im Innern. Statt**

intransparenter Hinterzimmerpolitik braucht es Initiativen für internationale Entspannung,
Abrüstung und Militär teilnehmen, soll durch die bayerische Landesregierung angeregt werde
Konversion.

Antrag L1-D-737-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Maximilian Arnold (KV Augsburg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 737 - 740

~~Jeder Euro, der durch Krieg verdient oder für~~ Wenngleich es aktuell aufgrund des russischen
Angriffs auf den ~~Krieg ausgegeben wird, ist einer zu~~
~~viel, denn er bringt nichts als Leid, Tod und Umweltzerstörung.~~ Frieden in Europa nicht möglich ist,
fordern wir mittelfristig, dass Bayern als eines der
führenden Bundesländer bei Waffenexporten ~~ist hier besonders gefragt,~~ eine Kehrtwende
einzuleiten leitet, die ein Wirtschaften für Mensch und Umwelt statt für Elend und Krieg
bedeutet.

Begründung

Konversion mitten im Konflikt ist Kapitulation vor dem Aggressor Russland

Antrag L1-D-747-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Katinka Burz (KV München) und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 747

eine entsprechende Qualifizierung für alle betroffenen Beschäftigten ~~gesichert~~

eine Beschäftigungs- und Einkommensgarantie sichergestellt**Antrag L2-53-1: Änderungsantrag zu L2**

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Kreisverband Bamberg-Forchheim
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 53

Die Sparpolitik in der Pflege führt direkt in die menschliche Katastrophe. Traurige Realität in vielen Pflegeheimen und Kliniken ist massiver Personalmangel, der zu gefährlichen Versorgungslücken führt. Auch 3 Jahre nach Beginn der Corona Pandemie in Deutschland müssen Operationen aufgeschoben und Stationen geschlossen werden, da kein Personal vorhanden ist. Besonders die Nachtschichten sind chronisch unterbesetzt. Das gefährdet Leben von Patient:innen und bringt das Personal und ihre Familien an den Rand ihrer Belastungsgrenzen, was nun in eine Kündigungswelle mündete. Eine persönliche Zuwendung kann kaum oder gar nicht stattfinden und Fehler durch Überlastung sind zu befürchten. Die Pflegeberufe müssen deshalb endlich gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden: Die Löhne müssen steigen und damit attraktiver gemacht werden. Gleichzeitig muss ein verbindlicher und vor allem ausreichender Personalschlüssel eingeführt werden, um beispielsweise genügend arbeitsfreie Wochenenden und Nächte zu ermöglichen (gesetzliche Personalbemessung). Durch die mangelnden Kontrollen in den Pflegeheimen werden Missstände zu spät aufgedeckt. Oft erfahren die Heimaufsichten erst auf Intervention der Angehörigen von katastrophalen Zuständen.

Viele Menschen können sich die Pflegekosten nicht leisten. Die Pflegeversicherung deckt diese nicht ab. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine solidarische Pflege-Vollversicherung ein. Bis dahin muss der Bezirk die Differenzbeträge übernehmen, wenn pflegebedürftige Menschen die Kosten für einen Platz im Pflegeheim oder im Hospiz nicht selbst aufbringen können. Die ambulante Pflege der Menschen, die zu Hause leben, muss verbessert werden. Somit ermöglichen wir Menschen, in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben, also ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben. Dazu müssen pflegende Angehörige eine Gleichstellung gegenüber den Pflegediensten erfahren und

umfassende Schulungsangebote erhalten. Der Ausbau der ambulanten Pflegedienste unter fairen Arbeitsbedingungen wirkt unterstützend. Menschen die Wahl zu lassen, heißt, sie zu respektieren und ihnen ihre Würde zu lassen. Eine Lösung sollte nicht nur nach wirtschaftlichen Standpunkten gesucht werden. Außerdem gibt es jetzt schon zu wenig Heimplätze für Senior:innen, weshalb die ambulante Pflege eine Entlastung mit sich bringen würde. Dabei sollte auch bedacht werden, dass nicht alle zu Pflegenden der deutschen Sprache mächtig sind und dass hier verstärkt auf Mehrsprachigkeit im Pflege team geachtet werden sollte.

Antrag L2-82-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Kreisverband Bamberg-Forchheim
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 82 - 83

DIE LINKE kämpft aus diesem Grund für eine solidarische Pflegeversicherung, in die alle entsprechend ihrem Gesamteinkommen einzahlen müssen. Damit ~~wären eine~~ wollen wir eine Vollversicherung und ~~ein-bessere~~ einen besseren Personalschlüssel ~~zu~~-finanzieren.

Mit einer

solidarischen Pflege-Vollversicherung, in die alle einzahlen müssten, wäre eine bessere personelle Ausstattung in der Pflege sofort möglich. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft in Köln könnten in Deutschland in der stationären Versorgung bis zum Jahr 2035 rund 307.000 Pflegekräfte fehlen. Deswegen muss sich endlich etwas ändern.

Begründung

möglichst kein Konjunktiv.

Antrag L2-129-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Kreisverband Bamberg-Forchheim
Status:	zugelassen

Sachgebiet:

L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 129

Die wohnortnahe, interdisziplinäre ~~oder~~und frühe Förderung von behinderten und durch Behinderung bedrohten Kindern ist unbedingt auszubauen. Wir wollen die Schaffung inklusiver Kindergartenplätze und Schulen fördern.

Antrag L2-170-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 170

DIE LINKE fordert, den nur „arbeitnehmerähnlichen Status“ in den WfbM perspektivisch aufzuheben. Menschen mit Behinderung auf sogenannten Außenarbeitsplätzen in Unternehmen und bei öffentlichen Arbeitgebern sind tariflich nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu entlohnen. Politisches Ziel der Partei DIE LINKE ist es seit langem, möglichst viele Beschäftigte der WfbM in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, wobei ein Wahlrecht für die Betroffenen bestehen muss. DIE LINKE fordert die Unterscheidung zwischen „werkstattfähigen“ und „nicht werkstattfähigen Menschen“ aufzuheben. Damit entfällt auch die Zugangsbedingung in eine Werkstatt: das Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Leistung.

All diese Forderungen sind wichtig für das konkrete Leben von Menschen, bearbeiten jedoch nur Fehler eines von Grund auf exkludierenden Systems: Die LINKE unterstützt die Aktivist*innen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei ihrer Forderung, WfbM abzuschaffen.

Antrag L2-193-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
--------------------------	--

Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitangebote und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 193

Wir werden Menschen mit Behinderungen dabei unterstützen, ihre Rechte gegenüber Behörden und Einrichtungsträgern einzufordern und wehren uns gegen weitere Leistungskürzungen und unnötige bürokratische Hürden. Leistungsempfänger*innen müssen - obwohl ihr Bedarf bereits ermittelt wurde - nachweisen, dass sie die erhaltenen Leistungen nicht „zweckentfremden“. Als LINKE kämpfen wir für die Abschaffung der Nachweispflicht, die das Bundessozialgericht bereits als unverhältnismäßig verurteilt hat. Wir treten Tendenzen in den Bezirken, Gelder zu Lasten der Berechtigten einzusparen und Menschen mit Behinderungen vorzuschreiben, was Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft beinhaltet, entschieden entgegen.

Antrag L2-224-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Kreisverband Bamberg-Forchheim
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitangebote und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 224 - 226

In Bayern ist ein drastischer Anstieg psychischer Erkrankungen – nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie und die daher ergriffenen Maßnahmen - zu verzeichnen. Die zunehmende soziale Kälte, Leistungsdruck am Arbeitsplatz, unzumutbare Arbeitsverhältnisse und unkalkulierbare Existenzängste sind weitere Ursachen ~~hierfür. Die.~~ Die bayerischen Bezirke unterhalten eine große Zahl von psychiatrischen Krankenhäusern und sind für die Finanzierung der psychosozialen Netze zuständig. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist in Bayern die Anzahl der stationären Unterbringungen gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung am größten.

Antrag L2-350-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Kreisverband Bamberg-Forchheim
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 350

Bayerische Kultur ist mehr als Lederhosen und Bierzelt, mehr als Weißbier und Schützenvereine. Der Bezirk muss alternative und inklusive Kultur fördern und finanzieren. Kleinen Kultureinrichtungen, Vereinen und Projekten muss der Zugang zu Fördermitteln erleichtert werden. Diese müssen Vorrang vor kulturellen Großevents haben. Der Bezirk muss die Jugend- und **PePSub**kultur stärker in den Mittelpunkt rücken. Die Arbeit der Bezirksjugendringe muss stärkere Unterstützung erfahren und finanziell besser ausgestattet werden. Die bildenden Künste kommen bei der Kulturförderung des Bezirks oft zu kurz. Auch der Wert regionaler Kunst bemisst sich nicht nach ihrer Vermarktbarkeit. Wir als LINKE stehen daher ein für eine Kunst- und Kulturförderung, die unabhängig ist vom Prestige der Akteur:innen und vom Geldbeutel der Teilhabenden. Wir sagen, gute Kunst- und Kulturförderung stattet die Kunst- und Kulturschaffenden mit ausreichend Mitteln aus, um sich ihrer Aufgabe zu widmen und lässt alle teilhaben, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Behinderung oder Alter.

Antrag L2-360-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Kreisverband Bamberg-Forchheim
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 360

- einen höheren Stellenwert der Jugend- und **PePSub**kultur.

Antrag L2-365-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Kreisverband Bamberg-Forchheim
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 365

Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert.

- Demokratiekultur fördernde Projekte und die Erinnerungsarbeit an Faschismus und Widerstand werden wir im Bezirkstag fördern. Dazu gehört für uns auch das Vorleben demokratischer Prinzipien in Form von größerer Transparenz der Bezirkstage.
- Die Arbeit der Bezirkstage stärker der Öffentlichkeit zu vermitteln. Insbesondere muss mehr Transparenz geschaffen werden, da die Bürger:Innen Bayerns das Recht darauf haben Informationen über die Entscheidungen der von ihnen gewählten Vertreter:innen zu erhalten.

Antrag L2-392-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Kreisverband Bamberg-Forchheim
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 392 - 400

Die Bezirkstage müssen Fachstellen Klimaschutz zur Koordinierung der Kreise, Gemeinden und Städte ihres Gebiets einrichten. Oft sind Gemeinden auf sich alleingestellt und haben nicht zwangsläufig die finanziellen Ressourcen um etwa eine CO2-Bilanzierung regelmäßig erstellen zu lassen. Doch sind solche Berechnungen notwendig, um flächendeckend in Bayern und Deutschland CO2 einzusparen.

Dies genügt jedoch nicht mit einer Alibi-Klimaschutzmanagementstelle. Es braucht in jedem Bezirk ein Team an fachlich geschulten Personal. Nur so können Flickenteppichmaßnahmen und übermäßige Bürokratie durch schlecht durchdachte und umgesetzte Maßnahmen verhindert werden.

An den landwirtschaftlichen Hochschulen der Bezirke fordern wir eine Ausrichtung auf

nachhaltige und zukunftssträchtige Methoden in der Landwirtschaft. Der Klimawandel stellt die Menschheit und insbesondere die Landwirt:innen als diejenigen, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln da sind, vor immense Herausforderungen. Ziel muss es daher sein, eine Landwirtschaft zu etablieren, die - ohne das Ausbringen von toxischen Ackergiften und umweltschädlichen Methoden - nachhaltig mit den Ressourcen umgeht und für Ernährungssicherheit und -souveränität sorgt, indem regionale Kreisläufe aufgebaut werden. Der Grundstein soll dafür in den Hochschulen gelegt werden.

Gleichzeitig dürfen die Bäuer:innen nicht durch unnötige Bürokratie und niedrige Preise drangsaliert werden. Ihre Arbeit muss gesellschaftlich wieder stärker anerkannt und insbesondere finanziell gestärkt werden. Auf ihren Rücken kann und darf die Klima- und die soziale Krise nicht ausgetragen werden. Vielmehr ist es eine solidarische Aufgabe von Politik und Gesellschaft zusammen mit ihren Schultern das Land in eine bessere Zukunft zu führen.

Daher müssen die Bezirke den Landwirtschaftsbetrieben intensiv dabei helfen, das Volksbegehren Artenvielfalt umzusetzen. Wir werden in den Bezirkstagen Politik und Verwaltung dazu drängen den Betrieben bei Anträgen, Umsetzung und Einhaltung der Gesetzeslage zu unterstützen.

Die Bezirke müssen massiv ihre Möglichkeiten nutzen, um positiv auf den Erhalt unserer Natur und der kleinen bis mittleren Landwirtschaftsbetriebe hinzuwirken. Klimaschutz heißt die regionale Wirtschaft und den Bauernhof von nebenan zu unterstützen.

Antrag L2-410-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Kreisverband Bamberg-Forchheim
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 410

- ein Verbot von Glyphosat und genmanipuliertem Saatgut auf allen vom Bezirk genutzten und verpachteten

Antrag L2-412-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Kreisverband Bamberg-Forchheim
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 412

- die stärkere Umsetzung des ökologischen Landschafts- und Gewässerschutzes.
- In den Bezirkstagen eigens eingerichtete Koordinierungsstellen Klimaschutz unter Einbezug der schon kommunal vorhandenen Klimamanager:innen.
- Eine Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Erstellung von CO2-Bilanzierungen.
- Die verstärkte Unterstützung der bäuerlichen klein- und mittelständischen Betriebe in Bezug auf die ökologische Bewirtschaftung bzw. Umstellung und der Hilfe und Reduzierung des bürokratischen Aufwands.
- Die Förderung alternative Wirtschaftsmodelle wie die solidarische Landwirtschaft und Kreislaufwirtschaft

Antrag L2-430-1: Änderungsantrag zu L2

Änderungsantrag zu L2

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 430

Uns ist es wichtig, dass die Arbeit der Beschäftigten in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gewürdigt und aufgewertet wird. Hierzu gehören eine faire Bezahlung und gute Arbeitsvertragsbedingungen. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Bezirk tarifliche Arbeitsbedingungen als Qualitätsmerkmal beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen voraussetzt und die Finanzierung sicherstellt. Außerdem treten wir dafür ein, dass die kirchlichen Träger dazu verpflichtet sind, sich an das Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz zu halten - Diskriminierung darf in keinem Beschäftigungsverhältnis einen Platz haben.